

ACB

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

S-E-C-R-E-T-

PROCESSING COPY 25X1

COUNTRY East Germany

REPORT

SUBJECT Official Publications of the East German State Secretariat for the Collection and Purchase of Agricultural Products

DATE DISTR.

7 NOV 1957

NO. PAGES 1

REQUIREMENT NO. RD

REFERENCES

DATE OF INFO.

PLACE & DATE ACQ

25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

25X1

two issues, dated 10 March 1957 and 15 April 1957, of the official publication of the East German State Secretariat for the Collection and Purchase of Agricultural Products, Verfuegungen und Mitteilungen des Staatssekretariats fuer Erfassung und Aufkauf Landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

25X1

S-E-C-R-E-T

25X1

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC						
-------	---	------	---	------	---	-----	---	-----	--	-----	--	--	--	--	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

Verfügungen und Mitteilungen Folge 2**Inhalt:****Seite**

Lfd. Nr. 7/1957	Rundverfügungen zur Durchführung der Anordnung über den Abschluß von Verträgen über die Mast von Schlachtvieh — Vom 25. Februar 1957	13
Lfd. Nr. 8/1957	Rundverfügung über die Bezahlung und Abrechnung von notgeschlachteten Schweinen aus Mastverträgen mit Industriebetrieben, Handelsbetrieben und gewerblichen Schweinemästereien — Vom 1. Februar 1957	18
Lfd. Nr. 9/1957	Rundverfügung über Mastverträge von Jung-rindern — Vom 21. Februar 1957	19
Lfd. Nr. 10/1957	Rundverfügung über die Bildung von Bezirks-direktionen für Kraftverkehr — Gebührenordnung — Vom 15. November 1956	21
Lfd. Nr. 11/1957	Mitteilung über die Berechnung und Bezahlung von Trocknungskosten für Getreidelieferungen zwischen den VEAB — Vom 27. Februar 1957 . .	23
Lfd. Nr. 12/1957	Mitteilung über Gewerbesteuer für Sammler der VEAB — Vom 27. Februar 1957	23
Lfd. Nr. 13/1957	Rundverfügung für die Anwendung von Aus-tauschätzen zur Erfüllung der Pflichtablieferung 1957 und zur Erfüllung von Ablieferungsschulden — Vom 4. Februar 1957	24
Lfd. Nr. 14/1957	Mitteilung über die Zustellung der Bestätigung von Entscheidungen der Außenstellen der Ver-tragschiedsstelle — Vom 2. Februar 1957 . . .	27
Lfd. Nr. 15/1957	Nachtrag zur Mitteilung Nr. 3/1957 über die Ein-tragung in das Handelsregister vom 4. Januar 1957	27
Lfd. Nr. 16/1957	Berichtigung	27

Herausgeber: Staatssekretariat für Erfassung und Einkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin. — Redaktion: Berlin C 111, Unterwasserstraße 3-16, Fernruf 200 904 - 2770 - Erhebungsweise: nach Bedarf. — Bezug durch Abteilung Kader und Schulung des Staatssekretariats für Erfassung und Einkauf. — Bezugspreis: vierteljährlich 4,00 DM. — Veröffentlicht unter der Druckgenehmigungs-Nr. Ag. 118/56 DDR des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik. Druck: (140) Neues Deutschland, Berlin N 44.

Verfügungen und Mitteilungen

DES STAATSEKRETARIATS FÜR ERFASSUNG
UND AUFKAUF LANDWIRTSCHAFTLICHER ERZEUGNISSE

JAHRGANG 1957 BERLIN, DEN 10. MÄRZ FOLGE 2

25X1

Nr. 7/1957

Rundverfügung
zur Durchführung der Anordnung über den Abschluß von Verträgen
über die Mast von Schlachtvieh

Vom 25. Februar 1957

Auf Grund des § 65 der Verordnung über die Pflichtablieferung und den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der Fassung vom 1. Januar 1957 (GBl. I S. 39) wird zur Durchführung der Anordnung vom 29. Februar 1956 über den Abschluß von Verträgen über die Mast von Schlachtvieh (GBl. I S. 273) folgendes verfügt:

I.**Zu §§ 1 und 16 der Anordnung**

Die Berechtigung der Einkaufskontore der Konsumgenossenschaften (KG) zum Abschluß von Verträgen über die Mast von Schlachtvieh ist nach der Anordnung vom 29. Dezember 1956 über den Einkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch Konsumgenossenschaften (GBl. I S. 34/1957) mit Wirkung vom 1. Januar 1957 aufgehoben.

II.**Zu §§ 5 und 8 der Anordnung**

Zur Erläuterung einige Beispiele über die Abrechnung und Bezahlung von Mastschweinen aus abgeschlossenen Verträgen:

1. Beispiel:

Ein Betrieb mit Werkküche liefert in Erfüllung seines Vertrages 20 Schweine mit einem Lebendgewicht von insgesamt 2500 Kilogramm. Der Betrieb hat diese Tiere selbst aus eigener Zucht aufgezogen und ge-

mästet und demzufolge keine Sollverpflichtung durch den Zukauf von Nutztvieh übernommen. Da der Betrieb nicht selbst schlachtet, wird die Naturalprämie in Fleisch, Innereien und Schlachtfett bezogen.

2 500 kg Lebendgewicht (Abnahmegewicht)
davon 30 %
Naturalprämie 750 kg
1 750 kg

Für die Naturalprämie in Höhe von 750 Kilogramm ist der einfache und für das Gewicht von 1 750 Kilogramm der zweifache Erfassungspreis zu zahlen.

2. Beispiel:

Ein Betrieb mit Werkküche liefert in Erfüllung seines Vertrages 20 Schweine mit einem Lebendgewicht von insgesamt 2 500 Kilogramm. Der Betrieb hat 20 Ferkel vom VE-Handelskontor für Zucht- und Nutztvieh mit Sollübernahme im Gewicht von insgesamt 300 Kilogramm übernommen. Die Naturalprämie wird in Fleisch, Innereien und Schlachtfett bezogen.

2 500 kg Lebendgewicht (Abnahmegewicht)
/. 300 kg Einstellgewicht
2 200 kg
davon 30 %
Naturalprämie 660 kg
1 540 kg

Für das Einstellgewicht und die Naturalprämie in Höhe von insgesamt 900 Kilogramm ist der einfache und für das Gewicht von 1 540 Kilogramm der zweifache Erfassungspreis zu zahlen.

3. Beispiel:

Ein Betrieb mit Werkküche hat einen Vertrag über 20 Schweine abgeschlossen. Er liefert 15 Schweine ab. Es wird angenommen, daß diese Schweine ein Lebendgewicht von insgesamt 1 875 Kilogramm erreichen. Der Betrieb hat 20 Ferkel vom VE-Handelskontor für Zucht- und Nutztvieh mit Sollübernahme im Gewicht von insgesamt 300 Kilogramm übernommen. Der Betrieb schlachtet selbst und will als Naturalprämie 5 Schweine einbehalten.

1 875 kg Lebendgewicht (Abnahmegewicht)
625 kg (5 einbehaltene Schweine)
2 500 kg Lebendgewicht (Abnahmegewicht)
/. 300 kg Einstellgewicht
2 200 kg
30 % Naturalprämie 660 kg
davon 5 Schweine einbehalten
5 x 125 kg = 625 kg
Differenz der Naturalprämie zu den einbehaltenen Schweinen 35 kg 660 kg
1 540 kg
(sind mittels Lieferanweisung zu beziehen — siehe § 5, Abs. 6 der Anordnung)

Für das Einstellgewicht und die Differenz der Naturalprämie zu den einbehaltenen Schweinen in Höhe von insgesamt 335 Kilogramm ist der einfache Erfassungspreis zu zahlen. Für die einbehaltenen Schweine von insgesamt 625 Kilogramm erhält der Betrieb keine pretisierte Verrechnung und für das Gewicht von 1 540 Kilogramm den zweifachen Erfassungspreis.

III.

Zu § 8, Abs. 1 der Anordnung

Der VEAB kann auch dann den zweifachen Erfassungspreis für das durch die Mast erzielte Gewicht bezahlen, wenn sich ergibt, daß bei der Ablieferung zu einem Auftrieb einige Schweine das geforderte Gewicht von 125 Kilogramm (bzw. 115 Kilogramm) je Schwein nicht erreichten. Voraussetzung ist aber, daß kein Schwein unter 120 Kilogramm (bzw. 110 Kilogramm) wiegt und das Durchschnittsgewicht der abgelieferten Schweine nicht unter 125 Kilogramm (bzw. 115 Kilogramm) liegt. Wird das Durchschnittsgewicht von 125 Kilogramm (bzw. 115 Kilogramm) nicht erreicht, so ist für die Schweine, die unter 125 Kilogramm (bzw. 115 Kilogramm) wiegen, der geltende Erfassungspreis zu bezahlen.

Beispiel A:

Ein Mastbetrieb liefert zu einem Auftrieb 5 Schweine ab. Davon 3 Schweine mit 130, 128, 126 Kilogramm und 2 Schweine mit 123 und 122 Kilogramm. Das Durchschnittsgewicht der 5 Schweine beträgt 125,8 Kilogramm.

Für diese 5 Schweine ist für das durch die Mast erzielte Gewicht der zweifache Erfassungspreis zu bezahlen.

Beispiel B:

Ein Mastbetrieb liefert zu einem Auftrieb 5 Schweine ab. Davon 2 Schweine mit 128, 126 Kilogramm und 3 Schweine mit je 120, 121 und 123 Kilogramm. Das Durchschnittsgewicht der 5 Schweine beträgt 123,6 Kilogramm.

Für 2 Schweine über 125 Kilogramm ist für das durch die Mast erzielte Gewicht der zweifache Erfassungspreis und für 3 Schweine unter 125 Kilogramm der geltende Erfassungspreis zu bezahlen.

Bei der Ablieferung von einzelnen Schweinen, die das geforderte Mindestabnahmegewicht von 125 Kilogramm (bzw. 115 Kilogramm) nicht erreichen, ist nur der geltende Erfassungspreis zu bezahlen.

Diese Regelung tritt ab 1. März 1957 in Kraft.

Zu § 8, Abs. 3 der Anordnung

Auch für die nicht als ganze Schweine einbehaltene Naturalprämie ist der einfache Erfassungspreis zu zahlen.

IV.

Zu § 9 der Anordnung

Für die Abrechnung und Bezahlung des volltauglichen Fleisches aus notgeschlachteten Schweinen gilt die Rundverfügung vom 1. Februar 1957 (Verfügungen und Mitteilungen des Staatssekretariats, Folge 2/1957).

V.

Zu § 12 der Anordnung

In Anwendung des § 22 der Anordnung vom 29. 2. 1956 wird bestimmt, daß die LPG vom VEAB bei Vertragsabschluß ab 1. Januar 1957 je Schwein eine Bezugsberechtigung über

150 Kilogramm Kleie
110 Kilogramm Futtergetreide
10 Kilogramm Einweißkonzentrat
200 Kilogramm Braunkohlenbriketts

erhalten.

VI.

Zu § 13, Abs. 4 der Anordnung

Entsprechend dem Abschnitt I, Ziffer 9 der Anweisung vom 21. Dezember 1956 über den Abschluß von Aufkaufverträgen über Schlachtvieh und Milch im Jahre 1957 sind zu den Aufkaufpreisen bei Erfüllung der Vertragsbedingungen bei der Ablieferung von Schweinen auf Grund von Mastverträgen auch die jeweils festgelegten Preiszuschläge für Aufkaufverträge (Schwein) zu zahlen.

VII.

Zu § 16, Abs. 1 der Anordnung

Die volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe (VEAB) sind berechtigt, mit VEG und VEB für Mast von Schlachtvieh Verträge abzuschließen.

VIII.

Zu § 17, Abs. 1 der Anordnung

Die Verträge können nicht nur über die Mast von Kälbern, sondern auch über Jungrinder mit einem Gewicht bis zu 200 Kilogramm je Tier abgeschlossen werden.

IX.

Zu § 18, Abs. 1b und 3b der Anordnung

In Anwendung des § 22 der Anordnung vom 29. Februar 1956 wird bestimmt:

1. daß der ablieferungspflichtige Erzeuger oder Betrieb bzw. die LPG vom VEAB eine Gutschrift auf die Pflichtablieferung von Getreide in Höhe von 400 Kilogramm oder bei Vorhandensein von Rindermischfutter 400 Kilogramm Rindermischfutter in natura und
2. daß der ablieferungsfreie Erzeuger 400 Kilogramm Rindermischfutter oder andere Futtermittel im Austausch erhält.

X.

Zu § 20, Abs. 1, 2 der Anordnung

In Anwendung des § 20, Abs. 3 wird folgendes bestimmt:

1. Für die abgelieferten Jungrinder, die den Vertragsbedingungen des § 17, Abs. 3 der Anordnung vom 29. Februar 1956 entsprechen, beträgt der Abnahmepreis je 100 Kilogramm Lebendgewicht (Abnahmegewicht) ab 1. Januar 1957
bei der Schlachtwertklasse A 428.— DM
bei der Schlachtwertklasse B 351.— DM
bei der Schlachtwertklasse C 282.— DM
2. Bei Nichterfüllung der eingegangenen Vertragsverpflichtungen über die Ablieferungstermine und über die Mindestgewichte durch den Erzeuger beträgt der Abnahmepreis je 100 Kilogramm Lebendgewicht (Abnahmegewicht)
bei der Schlachtwertklasse A 396.— DM
bei der Schlachtwertklasse B 320.— DM
bei der Schlachtwertklasse C 257.— DM
bei der Schlachtwertklasse D 162.— DM

XI.

Zu § 26 der Anordnung

Folgende Verfügungen und Anweisungen bleiben in Kraft:

1. Rundverfügung für den Abschluß von Schweinemastverträgen in den VEAB vom 19. April 1956 (Verfügungen und Mitteilungen des Staatssekretariats, Folge 4, Nr. 37/1956).
2. Gemeinsame Rundverfügung über den Abschluß von Verträgen über die Mast von Jungrindern mit volkseigenen Gütern vom 14. Juni 1956 (Verfügungen und Mitteilungen des Staatssekretariats, Folge 9, Nr. 58/1956).
3. Rundverfügung über den Abschluß von Verträgen über die Mast von Jungrindern vom 30. August 1956 (Verfügungen und Mitteilungen des Staatssekretariats, Folge 10, Nr. 67/1956).
4. Anweisung über die Behandlung von suchtauglichen Jungrindern aus abgeschlossenen Verträgen über die Mast von Jungrindern (Schreiben des Staatssekretariats an die Abt. Erfassung und Aufkauf der Räte der Bezirke und VVEAB vom 16. Januar 1956).

XII.

Die Mastverträge gemäß § 23 der Anordnung vom 29. Februar 1956 sind bis zur Herausgabe neuer Vertragsvordrucke entsprechend den Abschnitten II bis X dieser Rundverfügung handschriftlich abzuändern.

Berlin, den 25. Februar 1957.

Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf
landwirtschaftlicher Erzeugnisse
Streit
Staatssekretär

Nr. 9/1957

Rundverfügung

Über die Bezahlung und Abrechnung von notgeschlachteten Schweinen aus Mastverträgen mit Industriebetrieben, Handelsbetrieben und gewerblichen Schweinemästereien

Vom 1. Februar 1957

Zur Regelung der Bezahlung und Abrechnung von notgeschlachteten Schweinen aus Mastverträgen gemäß § 9 der Anordnung über den Abschluß von Verträgen über die Mast von Schlachtvieh vom 29. Februar 1956 (GBl. I S. 273) wird folgendes angewiesen:

I.

1. Die dem Not Schlachtungsbetrieb zugeführten Mastschweine sind nach der Schlachtung auf Lebendgewicht umzurechnen. Von dem Lebendgewicht (Spalte 6 der Not Schlachtungsabrechnung) — nach Abzug des untauglichen Fleisches — ist die durch den Betrieb beim Zukauf von Ferkeln und Läuferschweinen durch das Handelskontor für Zucht- und Nutzvieh übernommene Sollverpflichtung (Einstellgewicht) vom VEAB abzusetzen und das Einstellgewicht zum einfachen Erfassungspreis zu bezahlen.
Das danach verbleibende Gewicht der Mastschweine ist den Betrieben vom VEAB zum zweifachen Erfassungspreis zu vergüten.
2. Ist von den Betrieben vertraglich keine Sollverpflichtung übernommen worden, so ist das gesamte abzurechnende Lebendgewicht der Schweine (Spalte 6 der Not Schlachtungsabrechnung) zum zweifachen Erfassungspreis zu bezahlen.
3. Auf der Not Schlachtungsabrechnung muß die Kennzeichnung der Mastschweine vermerkt sein.
4. Der zweifache Erfassungspreis ist den Betrieben unter folgender Bedingung zu gewähren:
 - a) wenn sich aus der Not Schlachtungsabrechnung ein Lebendgewicht von mindestens 125 Kilogramm je Schwein (bei Schweinen der Rassen Cornwall, Berkshire und Sattelschwein 115 Kilogramm) ergibt;
 - b) wird dieses Gewicht nicht erreicht, ist die Bezahlung nach der Abrechnung der Not Schlachtungen Erfassung (s. Erläuterungen über die Abrechnung des Preisausgleichs ab 1. Januar 1956 vom 24. Dezember 1953) vorzunehmen;
 - c) sofern auf Grund der Verordnung über die Tierseuchenentschädigung vom 19. Februar 1953 (GBl. S. 319) keine anderen Ersatzleistungen gewährt werden.

II.

Die finanzielle Abrechnung zu Abschnitt I, Abs. 4a ist wie folgt vorzunehmen:

- a) Umrechnung des tauglichen Fleisches auf Lebendgewicht;

- b) Errechnung des Gesamtwertes entsprechend dem errechneten Lebendgewicht auf der Grundlage des zweifachen Erfassungspreises lt. PAO Nr. 543 der jeweiligen Schlachtwertklasse;
- c) der Gesamtwert abzüglich Erlös für taugliches Fleisch ergibt die vom Staatshaushalt zu stützende Preisdifferenz.

Beispiel:

Umgerechnetes Lebendgewicht 130 kg Klasse A	× 3,22 DM	= 419,60 DM
Erlös für taugliches Fleisch lt. Abrechnung über Not-		
schlachtungen		= 155,50 DM
anzufordernde Preisstützung		= 276,10 DM

III.

Diese Regelung tritt ab 1. Februar 1957 in Kraft.

Berlin, den 1. Februar 1957.

Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf
landwirtschaftlicher Erzeugnisse
Koch
Hauptabteilungsleiter

Nr. 9/1957

Rundverfügung

Über Mastverträge von Junggrindern

Vom 21. Februar 1957

Zur weiteren Steigerung der Marktproduktion von Rindfleisch wird für den Abschluß von Verträgen über die Mast von Junggrindern mit ablieferungspflichtigen und ablieferungs-freien Einzelwirtschaften in Erweiterung der Rundverfügung vom 30. August 1956 (Verfügungen und Mitteilungen, Folge 10, Nr. 67/56) folgendes angewiesen:

I.

1. Die VEAB können bäuerlichen Einzelwirtschaften, die Verträge über die Mast von Junggrindern abschließen wollen, jedoch keine zuchtuntauglichen Kälber besitzen, von anderen bäuerlichen Betrieben, die Kälber zur Abdeckung ihrer Pflichtablieferung in Höhe von 50 Kilogramm je Kalb verkaufen, vermitteln.
2. In solchen Fällen sind die Kälber bei den Verkäufern in Anwesenheit eines Beauftragten des VEAB amtlich zu wiegen. Das festgestellte Gewicht ist den Verkäufern auf die Pflichtablieferung anzurechnen und zum geltenden Erfassungspreis zu bezahlen.
3. Der Käufer übernimmt vom VEAB die Kälber mit den festgestellten Gewichten zu den an den Verkäufer gezahlten Erfassungspreisen — zuzüglich der Erfassungsspanne von 4 Prozent auf diesen Preis — und schließt mit dem VEAB einen Vertrag über die Mast von Junggrindern nach der Anordnung vom 29. Februar 1956 über den Abschluß von Verträgen über die Mast von Schlachtvieh (GBl. I, S. 273) ab.

4. Das übernommene Gewicht der Kälber ist als Einstellgewicht im Mastvertrag einzutragen.
5. Ferner ist das übernommene Gewicht der Kälber auf Grund der Rechnung als „Istveränderung“ in die Lieferantenkartei einzutragen. Dem Rat der Gemeinde ist diese Istveränderung schriftlich zur Eintragung in die Erzeugerkartei mitzuteilen.
Die VEAB haben die Istveränderung in die Planabrechnung über die Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse auf Formblatt 7, Zeile 14, die Plusmenge für den Verkäufer in Spalte 41 und die Belastung für den Käufer in Spalte 43 nachzuweisen.
In der Planabrechnung der Warenbewegung (PaW) ist dieser An- und Verkauf nicht zu buchen.
Kann das übernommene Gewicht der Kälber (bis 50 Kilogramm je Kalb) bis zur Realisierung des Mastvertrages nicht abgedeckt werden, so ist eine Stundung bis zum Termin der Realisierung möglich.
6. Bei der Ablieferung der Jungrinder durch bäuerliche Einzelwirtschaften (ohne Sollstundung) ist das gesamte Gewicht der Tiere zum geltenden Preis für die Mast von Jungrindern zu bezahlen und als „Aufkauf“ zu buchen. Bei der Ablieferung der Jungrinder durch bäuerliche Einzelwirtschaften, die für das Einstellgewicht eine Sollstundung erhalten haben, ist das Einstellgewicht auf der Ablieferungsbescheinigung als „Pflichtablieferung“ zu buchen und zu den am Tage der Ablieferung gültigen Erfassungspreisen zu bezahlen. Das durch die Mast erzielte Gewicht ist auf der Ablieferungsbescheinigung als „Aufkauf“ zu buchen und zum geltenden Preis für die Mast von Jungrindern zu bezahlen.
7. Die VEAB haben vor dem Verkauf der Kälber die Zustimmung des zuständigen Tierarztes einzuholen.
8. Die Verträge über die Mast von Jungrindern sind von den VEAB entsprechend zu ergänzen.

II.

Für die Gewichte der Kälber, die von den VEAB auf die Pflichtablieferung angerechnet werden (siehe Abschnitt I, Ziffer 2 dieser Anweisung), erhalten die Verkäufer auch die Futtermittelvergünstigungen, die bei der Pflichtablieferung von Rind gewährt werden.

Bezahlung von Jungrindern aus abgeschlossenen Mastverträgen.

Zur Vereinfachung der Abrechnung und zur Beseitigung von Unklarheiten bei der Bezahlung von Jungrindern, die nach den Bestimmungen des Abschnitts I, Ziffer 3 und Abschnitt II, Ziffer 5 der Rundverfügung über den Abschluß von Verträgen über die Mast von Jungrindern vom 30. August 1956 (Verfügungen und Mitteilungen, Folge 10, Nr. 67/56) abgeliefert werden, wird folgendes angewiesen:

Für die Bezahlung der Jungrinder ist, unabhängig von der Schlachtwertklasse des Einstellgewichtes, diejenige Schlachtwertklasse maßgebend, die die Abnahmekommission bei der Klassifizierung festgelegt hat.

Beispiel:

Ein Jungrind mit einem Lebendgewicht (Abnahmegewicht) von 230 Kilogramm wird von der Abnahmekommission in die Schlachtwertklasse B klassifiziert. Das Einstellgewicht betrug bei Abschluß des Vertrages 50 Kilogramm der Schlachtwertklasse C.

In solchen Fällen ist das Einstellgewicht von 50 Kilogramm zum geltenden Erfassungspreis zu bezahlen, und zwar auch nach der Schlachtwertklasse B. Das durch die Mast erzielte Gewicht von 230 Kilogramm ist zu dem am Tage der Ablieferung geltenden Preis für die Mast von Jungrindern der Schlachtwertklasse B zu bezahlen.

Sofern nach diesem Beispiel das Jungrind von der Abnahmekommission in die Schlachtwertklasse C klassifiziert wird, das Einstellgewicht jedoch Schlachtwertklasse B war, so ist für die Bezahlung des gesamten Tieres die Schlachtwertklasse C zugrunde zu legen.

II.

Diese Anweisung trifft auch sinngemäß für den Abschnitt I, Ziffer 4, der Ergänzung zu der gemeinsamen Rundverfügung über den Abschluß von Verträgen über die Mast von Jungrindern mit VEG vom 29. Juni 1956 zu (Verfügungen und Mitteilungen, Folge 9, Anlage 2 zur Bekanntmachung, Nr. 58/56).

Die Durchführung dieser Anweisung ist von der Abt. Erfassung und Aufkauf des Rates des Bezirkes und von den Abt. Erfassung und Aufkauf der Räte der Kreise durch Kontrollen zu sichern.

Berlin, den 21. Februar 1957.

Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf
landwirtschaftlicher Erzeugnisse
Koch
Hauptabteilungsleiter

Nr. 10/1957

Rundverfügung über die Bildung von Bezirksdirektionen für Kraftverkehr — Gebührenordnung —

Vom 15. November 1956

Das Ministerium für Verkehrswesen, HV Kraftverkehr und Straßenwesen, hat in den „Mitteilungen für den Tarifeur Nr. 1 vom 15. Januar 1957“ nachstehendes veröffentlicht:

Betr.: Zweite DB zur Verordnung über die Bildung von Bezirksdirektionen für Kraftverkehr — Gebührenordnung —

Die VEAB übernehmen bei dem Transport von Schlachtvieh zum großen Teil bereits die Auszahlung der Transportkosten an den Fahrzeughalter, ohne bisher für diese Tätigkeit analog zur obigen Gebührenordnung eine Gebühr in Höhe von 1 bzw. 2 Prozent zu erhalten. Zwischen dem Staats-

sekreteriat für Erfassung und Einkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse und der HV des Kraftverkehrs ist in Übereinstimmung mit dem Büro der Regierungskommission für Preise zur Regelung dieser Gebührenfrage, sofern die VEAB als Anforderer von Fahrzeugen des gewerblichen Verkehrs solche Leistungen vollbringen, folgendes vereinbart worden:

1. Die Bezirksdirektion für Kraftverkehr kann auf Grund eines entsprechenden Antrages des VEAB auf der Basis des § 12 der obigen Gebührenordnung den VEAB mit dem Einzug der Gebühren beauftragen.
2. Die VEAB verpflichten sich in solchen Fällen, die gesamten Gebühren, d. h. auch diejenigen, die der BDK in Höhe von 3 Prozent gemäß § 1, Abs. 1 der Gebührenordnung zustehen, einzuziehen und diese Gebühren unter den gleichen Bedingungen anzumelden und, wie im § 9 festgelegt, den zuständigen Dienststellen der BDK durch Überweisung zu entrichten. Dies ist notwendig, damit eine doppelte Abrechnung von Gebühren — einerseits gegenüber dem VEAB und andererseits gegenüber der BDK — vermieden wird.
3. Die VEAB erhalten damit die Möglichkeit, analog gemäß § 1, Abs. 2 der Gebührenordnung, neben der für die BDK einzuziehenden Gebühr in Höhe von 3 Prozent

für die Berechnung des Beförderungsentgelts für den Fahrzeughalter 1 Prozent Gebühr,

für die Einbehaltung des Beförderungsentgelts und Auszahlung an den Fahrzeughalter 1 Prozent Gebühr

zu erheben. Diese 1 bzw. 2 Prozent verbleiben bei den VEAB zur Abgeltung der entsprechenden Leistungen.

4. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens einer solchen Regelung kann nur im Einvernehmen zwischen dem VEAB und der BDK festgelegt werden. Die VEAB werden durch das Staatssekretariat für Erfassung und Einkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der gleichen Weise unterrichtet.

Berlin, den 15. November 1956.

Ministerium für Verkehrswesen
Schlimper
Leiter der Hauptverwaltung

Staatssekretariat
für Erfassung und Einkauf
landwirtschaftlicher Erzeugnisse
I. V. Eichner
Hauptabteilungsleiter

Lfd. Nr. 11/1957

Mitteilung

über die Berechnung und Bezahlung von Trocknungskosten für Getreidelieferungen zwischen den VEAB

Vom 27. Februar 1957

Im Einvernehmen mit der Fachabteilung für Getreide, Hülsenfrüchte und Ölsaaten teilen wir folgendes mit:

Auf Grund der Anweisung des Staatssekretariats für Erfassung und Einkauf vom 5. Dezember 1956 wurde über die Berechnung und Bezahlung von Trocknungskosten nachstehende Regelung getroffen:

1. Sind entsprechend den Allgemeinen Lieferbedingungen, § 12, Abs. 5, Vereinbarungen über höhere Feuchtigkeitsabladewerte als 15 bzw. 16 Prozent getroffen, so hat der Liefer-VEAB die ihm vom Empfangs-VEAB nachgewiesenen Trocknungskosten zu bezahlen.
2. Bestehen derartige Vereinbarungen nicht, so hat ebenfalls der Liefer-VEAB für die ihm vom Empfangs-VEAB nachgewiesenen Trocknungskosten aufzukommen, die für das Getreide entstanden, das am Empfangsort mehr als 16 Prozent Feuchtigkeitsgehalt hatte.

Trocknungskosten, die aus Importlieferungen entstehen, sind grundsätzlich vom Empfangs-VEAB aus seiner Handelsspanne zu tragen. Diese Maßnahme ist erforderlich, da in den TGL für Getreide der Feuchtigkeitsgehalt zur Auslieferung an die Industrie höchstens 16 Prozent betragen darf.

Berlin, den 27. Februar 1957.

Rechts- und Vertragschiedsstelle

Lfd. Nr. 12/1957

Mitteilung

über Gewerbesteuer für Sammler der VEAB

Vom 27. Februar 1957

Nach Anschauung des Ministeriums der Finanzen ist die Tätigkeit eines Sammlers oder Erfassers von Obst und Gemüse, die nicht im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses, sondern auf Grund eines Vertragsverhältnisses ausgeübt wird, steuerlich als gewerbliche Tätigkeit anzusehen. Ob hierfür ein Gewerbeschein vom Rat des Kreises erteilt wurde oder nicht, ist steuerlich unbeachtlich.

Berlin, den 27. Februar 1957.

Rechts- und Vertragschiedsstelle

Mr. 12/1957

Rundverfügung

für die Anwendung von Anstaltskassen zur Erfüllung der Pflichtablieferung 1967 und zur Erfüllung von Ablieferungschulden

Vom 4. Februar 1957

Auf Grund des § 65 der Verordnung über die Pflichtablieferung und den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der Fassung vom 1. Januar 1957 (GBl. I, S. 36) wird folgendes verfügt:

I.

Landwirtschaftlichen Betrieben, die bei der Erfüllung des Ablieferungs-
solls für das Jahr 1957 und bei der Erfüllung von Ablieferungsschulden
unverschuldet in Schwierigkeiten gekommen sind, können die Leiter der
Abteilungen Erfassung und Aufbau bei den Räten der Bezirke und Kreise
nach individueller Überprüfung ab 1. April 1957 den Austausch der einzel-
nen landwirtschaftlichen Erzeugnisse untereinander zu den nachstehenden
Austauschätzen gewähren. Das Recht der Genehmigung zur Lieferung
von Austauschsergebnissen kann durch die Räte der Kreise auch auf die
Räte der Gemeinden übertragen werden. Entsprechende Vorschläge sind
von den Leitern der Abteilungen Erfassung und Aufbau den Räten der
Kreise zu unterbreiten.

1. Austauschliste zur Erfüllung der Pflichtablieferung 1957 und zur Erfüllung von Ablieferungs-schulden (einschl. Tilgungsraten)

anstelle von:

100 kg Lebendvieh ohne Schwein
100 kg Lebendvieh ohne Schwein
100 kg Lebendvieh ohne Schwein
100 kg Schwein
100 kg Schwein
100 kg Schwein

kann geliefert werden:

500 kg Milch bei 3,5 % Fettgehalt
650 Stück Eier
60 kg Gänse, Enten, Puten
500 kg Milch bei 3,5 % Fettgehalt
650 Stück Eier
60 kg Gänse, Enten, Puten

anstelle von:

100 kg Milch bei 3,5 % Fettgehalt
100 kg Milch bei 3,5 % Fettgehalt
100 kg Milch bei 3,5 % Fettgehalt
100 kg Milch bei 3,5 % Fettgehalt
100 kg Milch bei 3,5 % Fettgehalt
100 kg Milch bei 3,5 % Fettgehalt

kann geliefert werden:

200 Stück Eier
20 kg Lebendvieh ohne Schwein
20 kg Schwein
12 kg Gänse, Enten, Puten
20 kg Mohn
25 kg übrige Ölsaaten oder Samen
von Faserpflanzen
15 kg Lebendvieh ohne Schwein
15 kg Schwein
8 kg Gänse, Enten, Puten
70 kg Milch bei 2,5% Fettgehalt
15 kg Mohn
25 kg übrige Ölsaaten oder Samen
von Faserpflanzen

100 Stück Eier
100 Stück Eier
100 Stück Eier
100 Stück Eier
100 Stück Eier
100 Stück Eier

Die Austauschsätze anstelle von Eiern dürfen erst ab 1. August 1957 angewandt werden.

anstelle von:

100 kg Ölsaaten
100 kg Ölsaaten (für vom Rat der
Gemeinde bestätigte Um-
bruchflächen)

100 kg Ölsaaten
100 kg Ölsaaten
100 kg Ölsaaten
100 kg Ölsaaten
100 kg Ölsaaten
100 kg Ölsaaten
100 kg Ölsaaten
100 kg Getreide
100 kg Heu
100 kg Stroh
100 kg Stroh
100 kg Stroh

kann geliefert werden:

50 kg Mohn

60 kg Sommerraps, Rübsen
oder Senf
100 kg Samen von Faserpflanzen
50 kg Lebendvieh ohne Schwein
50 kg Schwein
30 kg Gänse, Enten, Puten
400 kg Milch bei 3,5 % Fettgehalt
500 Stück Eier
150 kg Gerste zu Brauzwecken
250 kg übr. Getreide
20 kg Mohn
200 kg Stroh
300 kg Raps- oder Senfstroh
50 kg Heu
50 kg Faserpflanzenstroh

2. Sondergenehmigung für LFG zur Erfüllung der Pflichtablieferung 1957 und zur Erfüllung von Ablieferungsschulden (einschl. Tilgungsraten)

anstelle von:

100 kg Lebendvieh ohne Schwein
100 kg Schwein

kann geliefert werden:

300 kg Getreide
400 kg Getreide

Die LPG können auch in den Fällen, wo ein Teil des Ablieferungsalls von Schlachtvieh mit Austauscherzeugnissen erfüllt wurde, Schlachtvieh frei verkaufen.

3. Austauschätze zur Erfüllung von Ablieferungsschulden aus dem Jahre 1956 (einschl. Tilgungsraten)

anstelle von:

100 kg Getreide
100 kg Getreide
100 kg Getreide
100 kg Getreide
100 kg Getreide
100 kg Getreide

kann geliefert werden:

20 kg	Lebendvieh ohne Schwein
20 kg	Schwein
12 kg	Gänse, Enten, Puten
120 kg	Milch bei 3,5 % Fettgehalt
20 kg	Mohn
40 kg	übrige Ölsaaten oder Samen von Faserpflanzen
25 kg	Getreide
120 kg	Gerste zu Brauzwecken
150 kg	übriges Getreide
30 kg	Mohn
60 kg	übrige Ölsaaten
30 kg	Lebendvieh ohne Schwein
30 kg	Schwein
300 kg	Gerste zu Brauzwecken
400 kg	übriges Getreide
300 kg	Gerste zu Brauzwecken
400 kg	übriges Getreide

4. Austauschsätze in Erfüllung der Pflichtablieferung 1957

anstelle von:	kann geliefert werden:
100 kg Samen von Faserpflanzen	60 kg Mohn
100 kg Samen von Faserpflanzen	120 kg übrige Ölsaaten
100 kg Samen von Faserpflanzen	50 kg Lebendvieh ohne Schwein
100 kg Samen von Faserpflanzen	50 kg Schwein
100 kg Samen von Faserpflanzen	30 kg Gänse, Enten, Puten
100 kg Samen von Faserpflanzen	400 kg Milch bei 3,5% Fettgehalt
100 kg Samen von Faserpflanzen	150 kg Gerste zu Brauzwecken
100 kg Samen von Faserpflanzen	250 kg übriges Getreide
100 kg Samen von Faserpflanzen	200 kg Getreidestroh
1000 kg Faserpflanzenstroh	165 kg Getreide (Roggen, Weizen, Gerste, Hafer)
1000 kg Zuckerrüben	60 kg Ölsaaten oder Samen von Faserpflanzen
1000 kg Zuckerrüben	600 kg Kartoffeln
1000 kg Zuckerrüben	60 kg Lebendvieh ohne Schwein
1000 kg Zuckerrüben	60 kg Schwein
1000 kg Zuckerrüben	250 kg Milch bei 3,5% Fettgehalt

Die Austauschsätze für Zuckerrüben und Faserpflanzen gelten nicht für die Betriebe, für die eine Vertragsberichtigung gemäß § 109 der Ersten Durchführungsbestimmung vom 31. März 1956 zur Verordnung über die Pflichtablieferung und den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse (GBI. I, S. 373) durchgeführt wird.

II.

Beim Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch landwirtschaftliche Betriebe, für die Austauschmöglichkeiten in Betracht kommen, ist der Verkauf nachstehender landwirtschaftlicher Erzeugnisse nur bei Einhaltung folgender Bedingungen zulässig:

- Landwirtschaftliche Betriebe, die ihr Ablieferungssoll im Austausch durch Getreide, Speisehülsenfrüchte, Ölsaaten oder Kartoffeln erfüllen können, erst nach Durchführung dieses Austausches;
- Der Verkauf von Milch und Eiern ist zulässig, ohne Rücksicht darauf, ob von einer Austauschmöglichkeit Gebrauch gemacht wird;
- Der Verkauf von Schlachtvieh kann für landwirtschaftliche Betriebe, die Ablieferungsschulden in Getreide haben, durch die Räte der Gemeinden von dem Nachweis der Tilgung der Ablieferungsschulden Getreide abhängig gemacht werden. In diesen Fällen haben die Räte der Gemeinden die zuständige Erfassungstelle des VEAB von ihrem Beschluß über die Einschränkung des Verkaufs von Schlachtvieh für die betreffenden Betriebe zu verständigen. In jedem Falle kann eine solche Verfügung nur nach gründlicher Prüfung getroffen werden.

III.

Diese Rundverfügung tritt mit dem 1. April 1957 in Kraft. Die bisher genehmigten Austauschsätze werden mit dem gleichen Tage außer Kraft gesetzt.

Berlin, den 4. Februar 1957.

Der Staatssekretär
für Erfassung und Verkauf landwirtschaftl. Erzeugnisse
Streit
Staatssekretär

Mitteilung

Über die Zustellung der Bestätigung von Entscheidungen der Außenstellen der Vertragsschiedsstelle

Vom 2. Februar 1957

Die Entscheidungen, die vom 9. bis 11. Januar 1957 in Leipzig von den Schiedskommissionen getroffen wurden, wurden gemäß § 13 der Bekanntmachung der neuen Fassung der Verordnung über die Bildung und Tätigkeit des Staatlichen Vertragsgerichtes vom 1. Juli 1953 (GBI. Nr. 85 1953) bestätigt; sie sind damit rechtskräftig geworden. Die Vertragsschiedsstelle des Staatssekretariats wird über die Bestätigung der Entscheidungen den Betrieben keine besondere Nachricht zugehen lassen.

Vom 1. Februar 1957 an wird die bisherige besondere Verständigung über die Bestätigung der Entscheidungen der Vertragsschiedsstelle des Staatssekretariats und seiner Außenstellen eingestellt.

Es gilt nunmehr folgendes:

Die Entscheidungen der Vertragsschiedsstelle und seiner Außenstellen werden gemäß § 13, Abs. 2 der VO über die Bildung und Tätigkeit des Staatlichen Vertragsgerichtes vom 1. Juli 1953 durch Bestätigung des Staatssekretärs – ohne besondere schriftliche Verständigung der Vertragspartner von der Bestätigung – wirksam und rechtskräftig.

Berlin, den 2. Februar 1957.

Rechts- und Vertragsschiedsstelle

Nr. 15/1957

Nachtrag zur Mitteilung Nr. 2/1957 über die Eintragung in das Handelsregister vom 4. Januar 1957

Bei der Eintragung des Namens des Betriebsleiters und seines Stellvertreters in das Register der volkseigenen Wirtschaft bitten wir, die gesetzlichen Bestimmungen der 8. DB zur VO über Maßnahmen zur Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft – Register der volkseigenen Wirtschaft – vom 20. Juni 1956 (GBI. I, S. 545) zu beachten.

Berlin, den 3. März 1957

Rechts- und Vertragsschiedsstelle

Nr. 16/1957

Berichtigung

Bei der in der Rundverfügung Nr. 2/1957 (Folge 1/57) im Absatz 2 zitierten VO über die Einstellung des Verrechnungsverkehrs innerhalb der volkseigenen Wirtschaft handelt es sich nicht um eine VO vom 17. Juli 1956, sondern aus dem Jahre 1953.

Berlin, den 3. März 1957

Die Redaktion

Inhaltsverzeichnis

Seite

Nr. 17/57 Rundverfügung über die Veranlagung zur Pflichtablieferung von Obst für das Jahr 1957. Vom 24. Januar 1957	29
Nr. 18/57 Rundverfügung über die Mast von Jungrindern in den VEAB. Vom 23. Januar 1957	35
Nr. 19/57 Rundverfügung über die Erfassung, den Einkauf und die Abnahme von tierischen Erzeugnissen (Schlachtvieh, Milch, Eiern, Geflügel und Honig). Vom 31. Januar 1957	39
Nr. 20/57 Rundverfügung über den Abschluß von Anbau- und Ablieferungsverträgen von Speisehülsenfrüchten. Vom 28. Januar 1957	41
Nr. 21/57 Bekanntmachung des Vertrages über den Anbau, die Ablieferung und den Verkauf von Speisehülsenfrüchten	43
Nr. 22/57 Mitteilung über die Vergütung für Lieferung von gesacktem Getreide. Vom 5. Februar 1957	45
Nr. 23/57 Bekanntmachung des Vertrages über die Abrechnung und Bezahlung bei Notschlachtungen. Vom 28. Januar 1957	46
Nr. 24/57 Mitteilung über die Anwendung von Rechtsgrundsätzen des Staatlichen Vertragsgewichtes bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Vom 5. Februar 1957	48
Nr. 25/57 Mitteilung über Zahlung von Luftfrachten gegenüber der Reichsbahn. Vom 7. Februar 1957	50
Nr. 26/57 Mitteilung eines Beschlusses des Staatlichen Vertragsgewichtes bei der Regierung der DDR über die rechtzeitige Geltendmachung von Forderungen. Vom 5. Februar 1957	50
Nr. 27/57 Rundverfügung über den Abschluß von Geflügelmastverträgen im Jahre 1957. Vom 15. Februar 1957	52
Nr. 28/57 Bekanntmachung des Vertrages über die Mast und den Verkauf von Gänsen und Enten	55

Herausgeber: Staatssekretariat für Erlassung und Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin. - Redaktion: Berlin C 111, Kurze Straße. Fernruf 2103167. - Erscheinungsweise: nach Bedarf. - Bezug durch Abteilung Kader und Schulung des Staatssekretariats für Erlassung und Verkauf. - Bezugspreis: vierteljährlich 0,50 DM. - Veröffentlichung unter der Druckgenehmigung-Nr. Ag 115 57 DDR des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik.

Verfügungen und Mitteilungen 25X1

DES STAATSEKRETARIATS FÜR ERFASSUNG UND AUFKAUF LANDWIRTSCHAFTLICHER ERZEUGNISSE

JAHRGANG 1957 | BERLIN, DEN 15. APRIL | FOLGE 3

Nr. 17/1957

Rundverfügung

über die Veranlagung zur Pflichtablieferung von Obst für das Jahr 1957

Vom 24. Januar 1957

Auf Grund des § 65 der Verordnung über die Pflichtablieferung und den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der Fassung vom 1. Januar 1957 (GBl. I, S. 39) wird folgendes verfügt:

I.

Feststellung der Ablieferungspflicht

1. Zur Pflichtablieferung von Obst sind durch die Räte der Gemeinden alle im § 2 der Verordnung angeführten Eigentümer, Besitzer, Pächter oder Nutznießer von Obstkulturflächen zu veranlagern, wenn die in ihrem Besitz befindlichen Obstkulturflächen die Größe von 0,07 ha übersteigt.
2. Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche über 1 ha werden zur Pflichtablieferung von Obst nicht veranlagt, wenn nur offene Obstanlagen vorhanden sind.
3. LPG sowie deren Mitglieder werden nach diesen Bestimmungen zur Pflichtablieferung von Obst veranlagt.
4. Besitzer und Eigentümer von Wegebeepflanzungen mit einem Bestand von mindestens 12 ertragsfähigen Steinobst- oder 8 ertragsfähigen Kernobstbäumen werden nach der Anzahl der ertragsfähigen Bäume veranlagt.
5. Die Staatlichen Straßenunterhaltungsbetriebe (SSUB) und die kommunalen Dienststellen, die Obstbäume und Obststräucher an öffentlichen Straßen und Wegen, Eisenbahndämmen, Autobahnen und Kanälen unterhalten, werden durch die Abteilung Erfassung und Einkauf der Räte der Kreise veranlagt.
6. Erzeuger, die im Rahmen des Gemüseanbauplanes einen Anbaubescheid über den Anbau von Erdbeeren erhalten haben, sind mit Erdbeeren auch dann zu veranlagern, wenn die Fläche 0,07 ha nicht übersteigt. Neuanlagen (Herbstpflanzungen) von Erdbeeren sind im ersten Jahr nicht zu veranlagern. Für die Feststellung der Ablieferungspflicht in Erdbeeren sind aus dem Formblatt 6 G — Nachweis über die Veranlagung von Gemüse für das Jahr 1957 — die Anbauflächen in Spalte 17 und 18 auszuwerten.

7. Über die Ablieferung von Obst sind durch die Erfassungsorgane mit den veranlagten Erzeugern nach dem § 38 der Verordnung Verträge abzuschließen.
8. VEG werden gesondert veranlagt.
9. Landwirtschaftliche Nebenbetriebe von Akademien und Universitäten werden durch Verträge zur Ablieferung von Obst verpflichtet.
10. Befreiung von der Obstlieferung erfolgt nach § 63 der 1. Durchführungsbestimmung vom 31. 3. 1956 zur Verordnung.

II.

Feststellung der veranlungspflichtigen Fläche

Unter die Bezeichnung „Obstkulturfläche“ fallen alle landwirtschaftlichen und gärtnerisch genutzten Flächen, die mit Obstgehölzen bepflanzt sind. Dabei ist nach der Art der Pflanzung zwischen geschlossenen und offenen Obstanlagen zu unterscheiden.

1. Als **geschlossene Obstanlagen** oder Obstopplantagen gelten Obstpflanzungen, in denen folgende Pflanzabstände nicht überschritten werden:

Obstträger	Abstände (Meter) von Reihe zu Reihe	in der Reihe
Kernobst und Südkirschen, Hoch- und Halbstämme sowie Meterstämme auf Sämling	12	10
Steinobst (ohne Südkirschen), Hoch- und Halbstämme und Kernobst Meterstämme auf mittelstark wachsenden Unterlagen	8	7
Kern- und Steinobstbüsche auf Typenunterlagen	6	6
Kernobstspindeln	4	3
Beerenerobst	2,5	2
Walnuß-Hochstämme	12	12

Auf Grund der Richtlinie für die Veranlagung zur Pflichtablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse für das Jahr 1957 vom 4. 10. 1956 werden geschlossene Obstanlagen von der landwirtschaftlichen Nutzfläche bei der Veranlagung zur Pflichtablieferung tierischer Erzeugnisse abgesetzt.

2. Als **offene Obstanlagen** (nicht geschlossene) gelten Obstpflanzungen, in denen die obengenannten Pflanzabstände innerhalb der Reihe überschritten werden. Auch verstreut und vereinzelt in Reihen stehende Obstbäume und Sträucher bilden offene Obstanlagen. Diese Anlagen der Betriebe unter 1 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche werden zur Pflichtablieferung von Obst nach der Obstkulturfläche, die in ihrem Umfang nach folgenden Sätzen zu errechnen ist, herangezogen:

	qm je Baum oder Strauch
a) Apfel-, Birnen-, Südkirschen-, Walnuß-Hoch- und Halbstämme	90
b) Pflaumen-, Sauerkirschen-Hoch- und Halbstämme, Apfel-, Birnen-Viertelstämme	50
c) Apfel-, Birnen-, Sauerkirschen-, Pflaumen-Büsche, Aprikosen, Pfirsiche, Quitten	30
d) Apfel- und Birnen-Spindeln, Haselnuß-Büsche	10
e) Johannisbeer- und Stachelbeer-Sträucher	4

3. Ergibt sich aus dieser Berechnung eine Obstkulturfläche, die größer als die wirklich mit Obstträgern bestandene Fläche ist, so ist für die Feststellung der Ablieferungspflicht die Größe der gesamten mit Obstträgern tatsächlich bestandenen Fläche maßgebend.

Beispiel:

Stehen auf einer Fläche vereinzelt 6 Hochstämme Apfelbäume je 90 qm = 540 qm und 6 Sauerkirschenbüsche je 30 qm = 180 qm 720 qm Obstkulturfläche, so ist der betreffende Erzeuger (mit einer gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche bis 1 ha) ablieferungs-pflichtig.

Stehen auf einer Fläche von nur 600 qm aber 8 Hochstämme und mehr, dann ist der Erzeuger ablieferungs-frei, weil der Umfang der Obstkulturfläche 700 qm nicht übersteigt, also in der gesetzlichen Freigrenze liegt.

4. Offene Obstanlagen mit Unter- und Zwischenpflanzungen von Obst-trägern werden wie geschlossene Anlagen behandelt. In Zweifelsfällen ist die Obstbauachkommission anzuhören.
5. Bei Betrieben über 1 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche sind **Reihen-pflanzungen** geschlossene Obstanlagen, auch wenn die Abstände von Reihe zu Reihe über das festgesetzte Maß hinausgehen und die Pflanzung den Charakter einer geschlossenen Anlage aufweist. In solchen Fällen ist die zu veranlagende Obstkulturfläche geringer als die gesamt beplante Fläche.

Beispiel:

Ein Erzeuger hat lt. Betriebsliste eine Obstanlage von 5 ha. Die Baumreihen (Kernobst-Hochstamm) stehen nicht wie in der gesetz-lichen Bestimmung festgelegt in einem Abstand von Reihe zu Reihe von 12 m, sondern von 24 m, innerhalb der Reihe jedoch mit den gesetzlich festgelegten Reihenabständen.

Die Veranlagung zur Pflichtablieferung von Obst ist nicht auf der Grundlage von 5 ha, sondern von 2,5 ha durchzuführen. Bei der Veranlagung zur Pflichtablieferung tierischer Erzeugnisse sind nicht 5 ha, sondern nur 2,5 ha zu berücksichtigen.

6. Die Festlegung des Umfangs der Obstkulturfläche zwecks Einreihung des Erzeugers in die Größengruppe der Obstkulturfläche ist mittels der Veranlagungsunterlagen der Vorjahre gemäß Formblatt — Nicht-weis der Obstdifferenzierung 1955/56 — und anhand der Betriebsliste sowie auf Grund der tatsächlich eingetretenen Änderungen (Zu- und Abgänge an Obstbäumen und Sträuchern) zu überprüfen. Auf Grund der Überprüfung ist die zum Zeitpunkt der Veranlagung ertrags-

fähige Obstkulturfäche festzustellen. Bei der Feststellung der Obstkulturfäche sind auftretende Abweichungen bei der Veranlagung in tierischen Erzeugnissen zu korrigieren.

7. Bei der Feststellung der veranlagungspflichtigen ertragsfähigen Obstkulturfäche sind noch nicht ertragsfähige Junganlagen sowie Neuanlagen zu berücksichtigen.

Beispiel:

In der Betriebsliste und im Nachweis der Obstdifferenzierung 1956 wird ein Erzeuger mit 2,5 ha Obstanlage ausgewiesen. Von dieser Anlage sind jedoch 50 ar noch nicht ertragsfähige Neuanlage. Im Nachweis für die Veranlagung zur Pflichtablieferung in Obst für das Jahr 1957 ist die gesamte Obstkulturfäche und als Grundlage für die Veranlagung in Obst die ertragsfähige Obstfläche als Davonzahl auszuweisen.

III.

Festlegung der Pflichtablieferung in Obst

1. Die Erzeuger werden zur Pflichtablieferung von Obst insgesamt für die ermittelten Obstkulturfächen der offenen und geschlossenen Obstanlagen durch Ablieferungsnormen in kg/ar Obstkulturfäche veranlagt.
2. Die den Abteilungen Erfassung und Aufkauf bei den Räten der Bezirke übergebenen ha-Durchschnittsnormen für die Pflichtablieferung in Obst insgesamt sind auf die Kreise und von den Abteilungen Erfassung und Aufkauf bei den Räten der Kreise auf die Gemeinden differenziert festzulegen.
3. Zur Sicherung des Anteils der Erfassung an der Marktproduktion ist es notwendig, die Veranlagung so durchzuführen, daß die für die Bezirke, Kreise und Gemeinden festgelegten Durchschnittsnormen eingehalten werden. Die Ablieferungsnormen sind differenziert in den Gemeinden nach folgenden Größengruppen festzulegen:
 - 0,07 bis 0,10 ha Obstkulturfäche
 - 0,10 bis 0,20 ha Obstkulturfäche
 - 0,20 bis 0,50 ha Obstkulturfäche
 - 0,50 bis 1,00 ha Obstkulturfäche
 - und über 1,00 ha Obstkulturfäche

Es wird empfohlen, für die Größengruppe 0,50 bis 1 ha die Durchschnittsnorm, für die Größengruppe 0,10 bis 0,20 ha etwa 70 Prozent, für die Größengruppe 0,20 bis 0,50 ha etwa 80 Prozent der Durchschnittsnorm und für die Gruppe über 1 ha etwa 20 Prozent höher als die Durchschnittsnorm zugrunde zu legen.

Die Durchschnittsnormen der einzelnen Größengruppen können entsprechend den unterschiedlichen Produktionsbedingungen der einzelnen Erzeuger differenziert werden.

Die Ablieferungsmenge der Gruppe 0,07 bis 0,10 ha sollte 11 kg pro ar nicht übersteigen und die Ingesamtablieferungsmenge darf nicht weniger als 50 kg betragen.

4. Von den im Rahmen des Gemüseanbauplanes liegenden Erbflächen sind die Erzeuger aller Größengruppen unabhängig vom Umfang der Flächen mit 80 Prozent der Gemeindedurchschnittsnorm von Obst zu veranlagern.
5. Bei Durchführung der Differenzierung sind die unterschiedlichen Produktionsbedingungen für Obst und die langjährigen Durch-

schnittserträge in den einzelnen Kreisen und Gemeinden zu berücksichtigen. Unter Produktionsbedingungen sind die Faktoren zu verstehen, die den Obstbau wesentlich beeinflussen. Hierzu gehören Klima, Höhenlage, Struktur der Anlage. Die Beschaffenheit der Obstanlage infolge der Pflege durch die Obstanbauer ist nicht zu berücksichtigen, jedoch können bei unverschuldeter Ertragsminderung Ermäßigungen gewährt werden.

6. Obsterntepächter (das sind Pächter, die Anlagen nur zur Erntung nutzen) sind unabhängig von dem Umfang der von ihnen genutzten Flächen in der Gemeinde zur Ablieferung heranzuziehen, in der sie die Obstanlagen in Erntepacht haben. Sie sind mit 95 Prozent der durchschnittlichen Ernteerträge der letzten Jahre zur Pflichtablieferung in Obst zu veranlagern.
7. Bei der Veranlagung von Besitzern und Eigentümern von Wegebeplantungen ist die Ablieferungsmenge pro Baum entsprechend den Ernteerträgen in Obst bei der SSUB zugrunde zu legen. Diese Normen sind den Gemeinden bekanntzugeben.
8. Die Ablieferungsmengen in Obst für die SSUB sind von den Abteilungen Erfassung und Aufkauf der Räte der Bezirke den Kreisen zu übergeben. Hierzu ist es notwendig, von den Abteilungen Verkehr der Räte der Bezirke — im Bezirk Magdeburg von der Abteilung Landwirtschaft — die Anzahl der ertragsfähigen Bäume und die Vorschläge für die zu erwartenden Erträge pro Baum gesondert für Kern- und Steinobst anzufordern.
9. Die Veranlagung der VEG und VE-Gartenbaubetriebe erfolgt nicht durch die Räte der Kreise bzw. Gemeinden. Die Planmengen für die VEG und VE-Gartenbaubetriebe werden bei den zentralgeleiteten Betrieben durch die Abteilungen Landwirtschaft — Unterabteilung Verwaltung Volkseigener Güter — beim Rat des Bezirkes festgelegt. Von den Abteilungen Erfassung und Aufkauf bei den Räten der Bezirke sind die Planmengen kreisweise und artenmäßig aufgeschlüsselt den Abteilungen Erfassung und Aufkauf bei den Räten der Kreise und von diesen dem Erfassungsorgan zwecks Vertragsabschluß zu übergeben.

IV.

Bestätigung der Veranlagungsvorschläge

1. Von den Räten der Gemeinden sind entsprechend § 39 der Verordnung über die Pflichtablieferung und den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse die Ablieferungsnormen nach Größengruppen differenziert festzulegen und auf Grund der festgestellten Obstkulturfächen Mengenvorschläge in Obst insgesamt den Abteilungen Erfassung und Aufkauf bei den Räten der Kreise auf dem Formblatt „Nachweis über die Veranlagung zur Pflichtablieferung für das Jahr 1957“ bis zum 5. 3. 1957 zu unterbreiten.
2. Die Abteilung Erfassung und Aufkauf bei den Räten der Kreise haben die Mengenvorschläge der Gemeinden einschließlich der sich aus der Veranlagung der SSUB ergebenden Mengen zu einem Kreisvorschlag zusammenzufassen und bis zum 12. 3. 1957 den Abteilungen Erfassung und Aufkauf der Räte der Kreise zu übergeben.
3. Von den Abteilungen Erfassung und Aufkauf der Räte der Bezirke sind die Vorschläge der Kreise zum Bezirksergebnis zusammengefaßt

dem Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf bis zum 19. 3. 1957 zu übergeben. In die Vorschläge sind die Planmengen der volkseigenen Güter nicht mit aufzunehmen.

4. Nach Vorlage der Bezirksvorschläge beim Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf erfolgt die Bestätigung der Vorschläge der Kreise und Gemeinden.

5. Nach Bestätigung erfolgt die Aufteilung der Obstarten durch die Räte der Gemeinden, die nach Feststellung der von den Erzeugern angebauten Arten durchzuführen ist. Unterkulturen, wie Johannisbeeren und Stachelbeeren, sind bei der Artenaufteilung anteilmäßig zu berücksichtigen, ohne daß dadurch die gesamte Ablieferungsmenge erhöht wird. Werden Erdbeeren als Unterkulturen angebaut, so sind für alle Größengruppen, unabhängig von der Größe der Anbaufläche, ca. 70 Prozent der Gemeindedurchschnittsnorm für die vorhandene Erdbeerfläche zugrunde zu legen. Die sich daraus ergebende Ablieferungsmenge Erdbeeren liegt im Rahmen der Artenaufteilung und schließt eine Erhöhung der Gesamtmenge aus.

Beispiel:

Ein Erzeuger mit einer Obstanlage Kernobst-Hoch- und Halbstamm von 1,50 ha hat in dieser 20 ar Erdbeeren als Unterkultur und ist mit 30 dz Obst pro ha Obstkulturfläche, d. h. mit insgesamt 45 dz Obst, veranlagt.

Die Erdbeeren werden mit 70 Prozent der Gemeindedurchschnittsnorm, die 25 dz pro ha beträgt, bei der Artenaufteilung berücksichtigt, also mit 17,50 dz/ha auf 20 ar

Daher hat der Erzeuger abzuliefern:

	= 3,50 dz
	41,50 dz Kernobst
	3,50 dz Erdbeeren
	<u>45,00 dz Obst</u>

6. Die Abteilungen Erfassung und Aufkauf der Räte der Kreise übergeben den Erfassungsorganen nach Vorlage der Artenaufteilung durch die Räte der Gemeinden ein Exemplar der Nachweise, damit die Erfassungsorgane Verträge mit den Erzeugern über die festgelegten Obstablieferungsmengen abschließen können.

V.

Mitarbeit der Fachkommission

Die Arbeiten zur Festlegung der Durchschnittsablieferungsnormen für die Kreise und Gemeinden sind in Zusammenarbeit mit den Abteilungen Landwirtschaft der Räte der Bezirke bzw. der Kreise und unter Hinzuziehung der Vertreter der Kreis- bzw. Bezirksfachkommission für Obstbaugemeinschaften der VdgB (BHG) durchzuführen.

Zur Festlegung der veranlagungspflichtigen Obstkulturfläche, der Ablieferungsnormen und der Aufteilung der Arten für die einzelnen Erzeuger durch die Räte der Gemeinden, sind in den Gemeinden Vertreter der Fachkommissionen bzw. Obstbaugemeinschaften hinzuzuziehen.

Berlin, den 24. Januar 1957.

Staatssekretariat für
Erfassung und Aufkauf
landwirtschaftlicher Erzeugnisse
Streit
Staatssekretär

Nr. 18/1957

Rundverfügung

über die Mast von Jungrindern in den VEAB

Vom 23. Januar 1957

Auf Grund des § 58 der Verordnung vom 10. November 1955 über die Pflichtablieferung und den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der Fassung vom 1. Januar 1957 (GBl. I, S. 39) wird im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen, dem Minister für Land- und Forstwirtschaft und der Staatlichen Plankommission folgendes angewiesen:

I.

Allgemeine Bedingungen für die Mast von Jungrindern

1. Die VEAB haben im Rahmen der bestehenden örtlichen Möglichkeiten und in Ausnutzung bisher nicht genutzter geeigneter Ställe — möglichst mit Auslauf — mit der Mast von zuchtuntauglichen Kälbern und Jungrindern zu beginnen.
2. Die Ställe sind durch die Abt. Erfassung und Aufkauf und Landwirtschaft bei den Räten der Kreise sowie durch den Kreistierarzt auf ihre Eignung zu überprüfen. Getreidelagerraum darf für die Mast von Jungrindern nicht benutzt werden.
3. Zur Mast sind gesunde Kälber und Jungrinder einzustellen, die vom Erzeuger zur Erfüllung des Ablieferungssolls abgeliefert werden, möglichst schon 3 Monate alt sind und nicht mehr mit Vollmilch gefüttert werden brauchen. Aus dem Attest des untersuchenden Tierarztes muß die Zuchtuntauglichkeit und die Eignung der Tiere zur Weitermast hervorgehen.
4. Die Bezahlung der von den bäuerlichen Betrieben aus der Pflichtablieferung zur Weitermast übernommenen Tiere hat zum gültigen Erfassungspreis zu erfolgen.
5. Die Mastdauer beträgt höchstens 12 Monate. In dieser Zeit sind die Tiere von den VEAB mindestens um 200 Kilogramm aufzumästen.
6. Die zur Mast eingestellten Tiere sind von den VEAB durch Ohrmarken zu kennzeichnen.
7. Für die fachliche Anleitung der mit der Fütterung, Wartung und Pflege der Tiere beauftragten Mitarbeiter, sind von den VEAB Freundschafts- bzw. Patenschaftsverträge mit VEG und LPG abzuschließen. Es wird empfohlen, den Kreistierarzt vertraglich für die Durchführung der prophylaktischen seuchen-hygienischen Maßnahmen zu gewinnen, der auch die jeweils über fünf Monate alten Jungrinder gegen Maul- und Klauenseuche impft.
8. Zum Nachweis der zur Mast eingestellten Tiere, der Mastergebnisse und des Ankaufs der Tiere sind in den VEAB je Tier Karteikarten zu führen, die folgende Angaben enthalten müssen:
 1. Tag der Einstellung
 2. Nummer der Ohrmarke
 3. Einstellgewicht und Wert
 4. Futtermittel-Norm
 5. Gewichtszunahmen je Monat
 - a) planmäßig kg
 - b) tatsächlich kg

6. tatsächliche Mastdauer
 7. Tag des Verkaufs
 8. Abnahmegewicht
 - a) planmäßig kg
 - b) tatsächlich kg
 - c) Differenz + oder - kg
 9. Für die einzustellenden Tiere ist vom Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf mit der Deutschen Versicherungsanstalt (DVA) ein Rahmenvertrag über eine Tierlebensversicherung abgeschlossen worden. Die VEAB treten in diesen Rahmenvertrag ein und haben hierzu Verbindung mit der zuständigen Kreisdirektion der DVA aufzunehmen.
 10. Von den VEAB sind die notwendigen Umlaufmittel zum Ankauf von Kälbern bzw. Junggrindern sowie Futtermitteln und aktivierungspflichtigen Hilfsmaterialien (Kannen, Eimer usw.) zu planen.
 11. Investitionsmittel zum Ausbau von Stallungen (Einziehen von Buchten, Lichtenanlagen, Dunggruben usw.), Anschaffung von Einrichtungsgegenständen z. B. Futterdämpfer, können den VEAB vom Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf zusätzlich nicht zur Verfügung gestellt werden.
- In kleinerem Umfang können notwendige bauliche Einrichtungen und Großgeräte aus dem Unterlimit der VVEAB finanziert werden.

II.

Vergünstigungen

1. Für die Mast von Kälbern und Junggrindern werden den VEAB bei Einstellung folgende Futtermittel und Braunkohlenbriketts zur Verfügung gestellt:
 - a) je Kalb bzw. Junggrind
 - 300 Kilogramm Magermilch
 - 500 Kilogramm Stroh (Einstreu)
 - 200 Kilogramm Braunkohlenbriketts
 - b) je Kalb bzw. Junggrind für jedes vom Einstellgewicht bis zum Abnahmegewicht aufzunehmende Kilogramm Rind
 - 2,5 Kilogramm Rindermischfutter oder andere Futtermittel im Austausch
 - 2,5 Kilogramm Heu
 - 6,0 Kilogramm Kartoffeln oder andere Futtermittel im Austausch.
- Die Futtermittel und Braunkohlenbriketts für die Mast sind aus vorhandenen Beständen zu entnehmen. Die dafür erforderlichen Kontingente liegen dem Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf vor: sie werden den Bezirken nach Ablauf eines jeden Quartals auf der Grundlage der Abrechnung über den Abschluß und der Realisierung von Verträgen über die Mast von Schlachtvieh (Formblatt 10) zur Verfügung gestellt.
- Die Vergünstigungen in Heu und Stroh können in dem Umfang in Anspruch genommen werden, in dem die VEAB die ihnen erteilten Lieferverpflichtungen in den genannten Erzeugnissen erfüllen.
- Bei Berechnung der planmäßig zur Verfügung stehenden Futtermittel ist ein Aufmastgewicht von 200 Kilogramm je Tier zugrunde zu legen. Sofern während der Mastdauer von höchstens 12 Monaten ein höheres Aufmastgewicht als 200 Kilogramm je Tier erreicht wurde, sind die Futtermittel je aufgemästetes Kilogramm nachträglich zu gewähren.

2. Zur Sicherung des Bedarfs an Grünfutter, Hackfrüchten und anderen Futtermitteln haben die VEAB weitgehendst die örtlichen Möglichkeiten zur Gewinnung zusätzlicher Futtermittel auszuschöpfen (z. B. Anbau von Futterfrüchten auf Mietenplätzen und sonstigen nicht genutzten Flächen).
3. Die VVEAB stellen die Bezugsberechtigungsscheine für Futtermittel und Braunkohlenbriketts für die VEAB entsprechend der Anzahl der eingestellten Tiere bis zu den unter Absatz 1 festgelegten Mengen aus. Die VVEAB haben über die ausgestellten Bezugsberechtigungsscheine einen Nachweis zu führen.
4. Die Belieferung der Bezugsberechtigungsscheine kann aus eigenen Warenbeständen der VEAB oder durch die VdgB erfolgen. Die für die Mast gekauften Futtermittel und Braunkohlenbriketts sind getrennt von den Warenbeständen des VEAB zu lagern.

III.

Preis- und Abnahmebedingungen

1. Die finanzielle Abrechnung nach beendeter Aufmast ist wie folgt vorzunehmen:
 - a) Das Einstellgewicht zu dem an den bäuerlichen Betrieb bezahlten Erfassungspreis (siehe Abschnitt I, Absatz 8, Punkt 3)
 - b) Bei Erfüllung der Bedingungen je aufgemästetes Kilogramm Lebendgewicht Rind, den am Tage des Verkaufs gültigen Preis für die Mast von Junggrindern.
 - c) Bei Nichterfüllung der Bedingungen über die Ablieferungstermine und über die Aufmastgewichte, je aufgemästetes Kilogramm Rind, den am Tage des Verkaufs gültigen niedrigeren Preis für die Mast von Junggrindern.
2. Die Abnahme der Junggrinder regelt sich nach den geltenden Güte- und Abnahmebestimmungen für Schlachtvieh.

IV.

Mengenabrechnung der Mast von Junggrindern

1. Die VEAB haben das Gewicht der Kälber bzw. Junggrinder, das diese bei der Übernahme von den bäuerlichen Betrieben aufweisen, in der Planabrechnung der Warenbewegung (PaW) in der Zeile „Sonstige Abgänge“ zu Lasten des Erfassungsplanes abzubuchen.
2. Das gesamte Gewicht der aufgemästeten Junggrinder ist von den VEAB bei der Ablieferung der Junggrinder unter „Aufkauf“ abzurechnen.
3. In der Abrechnung über den Abschluß und die Realisierung von Verträgen über die Mast von Schlachtvieh (Formblatt 10) ist die Stückzahl der eingestellten Tiere und deren Realisierung besonders auszuweisen.

V.

Preis-, Stützungs-Abrechnung der Mast von Junggrindern

Bei der Ablieferung der aufgemästeten Junggrinder sind die Preisstützungsmittel mit der Monatsabrechnung über den Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Formblatt „Monatsabrechnung der gewerblichen und industriellen Schweinemast“ (VEAB St. 4) anzufordern und in Spalte 2 in gleicher Weise wie Schweinemast abzurechnen.

Werden mit einer Monatsabrechnung für das Einstellgewicht verschiedene Preise abgerechnet, z. B. Preise lt. PAO 543/3 und Preise lt. PAO 543 (für Ablieferungsschulden), ist für eine einwandfreie Preiskontrolle der Monatsabrechnung eine Erläuterung beizufügen.

VI.

Planung und Abrechnung der Mast von Jungrindern

Für die Mast von Jungrindern haben die VEAB einen Zusatzplan zum Betriebsplan auszuarbeiten und an die VVEAB einzureichen. Die VVEAB haben die von den VEAB eingereichten Zusatzpläne zu prüfen und zusammengefaßt — nach Möglichkeit von mehreren VEAB — dem Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf zur Bestätigung einzureichen. Die Ausarbeitung des Zusatzplanes hat nach der als Anlage 1*) beigefügten Nomenklatur zu erfolgen. Die wertmäßige Abrechnung der Mast von Jungrindern und der Ausweis in der Berichterstattung ist, wie in Anlage 2*) ausgeführt, vorzunehmen.

VII.

Materielle Interessiertheit

- Um die Mitarbeiter der VEAB an den Ergebnissen der Mast von Jungrindern zu beteiligen, werden den VEAB folgende Prämien gewährt:
Bei einer innerhalb der vorgeschriebenen Mastdauer unter Einhaltung der nach Abschnitt II/1 zur Verfügung gestellten Futtermittelmengen erreichten Aufmast von 200 Kilogramm Lebendgewicht und darüber:

Für Tiere der Schlachtwertklasse A	je Tier 40,00 DM
Für Tiere der Schlachtwertklasse B	je Tier 30,00 DM
Für Tiere der Schlachtwertklasse C	je Tier 20,00 DM
- Zu diesem Zweck haben die Betriebsleiter in Verbindung mit der Betriebsgewerkschaftsleitung eine eigene Prämienanordnung auszuarbeiten.
- Wird das vorgeschriebene Aufmastgewicht von 200 Kilogramm Lebendgewicht je Tier innerhalb der festgelegten Mastdauer von 12 Monaten nicht erreicht, werden keine Prämien gewährt.
- Die Prämien sind als Kosten zu verrechnen und als solche auf der Grundlage der Schlachtwertklasse C und einem planmäßigen Aufmastgewicht von 200 Kilogramm je Tier mit 20,00 DM zu planen.
- Des weiteren wird empfohlen, für erzielte Einsparungen von den nach Abschnitt II/1 planmäßig zur Verfügung gestellten Futtermitteln persönliche Konten einzurichten.
Einsparungen sind dann gegeben, wenn
 - a) die planmäßige Aufmast von 200 Kilogramm Lebendgewicht innerhalb der vorgeschriebenen Mastdauer mit weniger als den nach Abschnitt II/1 zur Verfügung gestellten Futtermitteln erreicht wird.
 - b) mit dem lt. Abschnitt II/1 zur Verfügung gestellten Futtermitteln innerhalb der vorgeschriebenen Mastdauer eine höhere Aufmast als 200 Kilogramm Lebendgewicht erreicht wird.
Von dem Wert der erzielten Einsparung sind dem persönlichen Konto 25 Prozent gutzuschreiben und nach Ablieferung des Tieres auszu zahlen.

VIII.

Kontrolle

Die Abt. Erfassung und Aufkauf der Räte der Bezirke und Kreise haben die VEAB bei der Beschaffung von Stallraum zu unterstützen. Sie haben die Durchführung der Mast durch Kontrollen zu sichern.

Berlin, den 23. Januar 1957

Staatssekretariat für Erfassung und
Aufkauf landw. Erzeugnisse
Streit
Staatssekretär

*) Dem VVAB gesondert zugegangen.

Nr. 19/1957

Rundverfügung

über die Erfassung, den Aufkauf und die Abnahme von tierischen Erzeugnissen (Schlachtvieh, Milch, Eiern, Geflügel und Honig)

Vom 31. Januar 1957

Auf Grund des § 65 der Verordnung über die Pflichtablieferung und den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der Fassung vom 1. Januar 1957 (GBl. I, S. 39) wird zur Durchführung der Anordnung vom 31. Mai 1956 über die Erfassung, den Aufkauf und die Abnahme von tierischen Erzeugnissen (GBl. I, S. 437) folgendes verfügt:

I.

Zu § 10 der Anordnung:

In Anwendung der Bestimmungen des Absatzes 3 des § 47 der Verordnung werden ab 1. Januar 1957 folgende Anrechnungssätze festgelegt:

- Für jedes Kilogramm abgenommenes Lebendgewicht von Vieh und Geflügel werden auf die Erfüllung des Ablieferungssolls von Schlachtvieh folgende Mengen in Gramm angerechnet:
Zur Erfüllung der Ablieferungspflicht von Schweinen bei Abgabe von
 - a) Schweinen mit einem Lebendgewicht ab 80 kg 1000 g
 - b) Schweinen mit einem Lebendgewicht unter 79,9 kg
(aber nur bei Notschlachtungen, sofern es sich um taugliches Fleisch handelt) 800 g
 - c) Rindern der Schlachtwertklassen AA, A, B und C 1000 g
 - d) Rindern der Schlachtwertklasse D 800 g
 - e) Schlachtgeflügel aller Güteklassen 1000 g
 - f) Kaninchen 1000 g
- Zur Erfüllung der Ablieferungspflicht von Rindern bei Abgabe von
 - a) Rindern oder Kälbern der Schlachtwertklassen AA, A, B, C und D 1000 g
 - b) Schafen der Schlachtwertklassen A, B und C 1000 g
 - c) Ziegen der Schlachtwertklassen A, B und C 600 g
 - d) Schweinen mit einem Lebendgewicht ab 80 kg 1000 g
 - e) Schweinen mit einem Lebendgewicht unter 79,9 kg
(aber nur bei Notschlachtungen, sofern es sich um taugliches Fleisch handelt) 800 g
 - f) Schlachtgeflügel aller Güteklassen 1000 g
 - g) Kaninchen 1000 g

3. Bei der Notschlachtung von Rindern oder Kälbern, die die festgelegten Mindestabnahmegewichte gemäß § 8 der Anordnung vom 31. 5. 56 nicht erreichen, ist die Anrechnung nach der Ermittlung des Lebendgewichtes vorzunehmen, sofern es sich um taugliches Fleisch handelt.

II.

Zu § 16 der Anordnung:

Unter den geltenden Anrechnungssätzen des § 16, Abs. 3, sind die Sätze des Abschnittes I dieser Rundverfügung zu verstehen.

III.

Zu § 37, Absatz 4 der Anordnung:

Anstelle der in § 37 genannten 10tägigen Frist bei Notschlachtungsabrechnung ist die 14tägige Frist gemäß § 5 der Anordnung vom 31. März 1956 über die Zahlung der Erlöse aus der Pflichtablieferung und dem Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse (GBl. I, S. 338) anzuwenden.

IV.

Zu § 38 der Anordnung:

1. Der Ablieferer (abgabefreie Betrieb) kann das Fleisch des notgeschlachteten Tieres im Anrechnungsgewicht auch frei verkaufen.
2. Bei bedingt tauglichem oder minderwertigem Fleisch richtet sich der Aufkaufpreis nach dem Anrechnungsgewicht.

Beispiel zu Absatz (2):

180 kg Fleisch einer Kuh der Schlachtwertklasse D (Gesamtausbeute 50 %) ergeben ein Lebendgewicht umgerechnet von 360 kg. Dieses Fleisch wird als bedingt tauglich beurteilt und im Verhältnis 2:1 (Güteklasse I) verkauft.

Daraus ergibt sich ein Anrechnungsgewicht von 180 kg, für die beim freien Verkauf der Differenzbetrag zwischen Freibankerlös und Aufkaufpreis bezahlt wird.

V.

Bei der Anwendung der Bestimmungen der §§ 43 bis 48 der Anordnung sind die neugefaßten Bestimmungen des § 57 der Verordnung zu beachten. Die Hausschlachtungen sind in die von den Räten der Gemeinden gemäß § 32 der Verordnung zu führenden Erzeugerkarteikarten einzutragen.

Bei der Anwendung der Bestimmungen des § 78 der Anordnung sind die Bestimmungen des § 50 der Verordnung zu beachten.

VI.

Zu Absatz 1 a) des § 77 der Anordnung:

Als Voraussetzung bei dem Verkauf von Schlachtvieh durch LPG Typ III ist die Erfüllung des Ablieferungsolls von Schlachtvieh für die abgelaufene Zeit und den laufenden Monat zugrunde zu legen.

VII.

Diese Rundverfügung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1957 in Kraft.

Berlin, den 31. Januar 1957

Staatssekretariat für Erfassung und
Aufkauf landw. Erzeugnisse
Streit
Staatssekretär

Nr. 20/1957

**Rundverfügung
über den Abschluß von Anbau- und Ablieferungsverträgen von Speisehülsernfrüchten**

Vom 28. Januar 1957

In Ausdehnung des Vertragsablieferungssystems wird zur Steigerung des Aufkommens an Speisehülsernfrüchten aus der eigenen Produktion festgelegt, daß die Volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe auf der Grundlage der durchgeführten Veranlagung zur Pflichtablieferung für das Jahr 1957 mit den Anbauern von Speisehülsernfrüchten (außer volks-eigenen Gütern) Verträge abzuschließen haben. Auf Grund des § 65 der Verordnung über die Pflichtablieferung und den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der Fassung vom 1. Januar 1957 (GBl. I, S. 39) wird folgendes verfügt:

1. Bei dem Vertragsabschluß können die Volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe mit den Erzeugern zusätzliche Anbauflächen von Speisehülsernfrüchten (Flächen über den im Anbaubescheid festgelegten Anbau von Speisehülsernfrüchten) vertraglich binden.
2. Um die Erzeuger am Anbau von Speisehülsernfrüchten materiell zu interessieren, werden folgende Vergünstigungen gewährt:
 - a) Für sämtliche im Vertrag festgelegten Anbauflächen ist dem Erzeuger eine Ermäßigung des Ablieferungsolls in tierischen Erzeugnissen entsprechend der Ablieferungsnorm je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche des Betriebes zu gewähren.
 - b) Für die über die im Anbaubescheid hinaus zusätzlich vertraglich gebundenen Anbauflächen von Speisehülsernfrüchten ist außerdem eine Befreiung von der Pflichtablieferung von Getreide vorzunehmen.
 - c) Für die über das Ablieferungsoll in Speisehülsernfrüchten hinaus abgelieferten Speisehülsernfrüchte erhält der Erzeuger den gültigen Aufkaufpreis.
3. Die Abteilungen für Erfassung und Aufkauf bei den Räten der Kreise haben den zuständigen Volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetrieben die im Formblatt Nr. 6 nachgewiesenen ablieferungspflichtigen Flächen und Ablieferungsmengen für die einzelnen Erzeuger mitzuteilen. Auf der Grundlage haben die VEAB mit den Erzeugern Verträge über den Anbau und die Ablieferung von Speisehülsernfrüchten abzuschließen. Für die zusätzlichen Flächen, die mit den Erzeugern auf freiwilliger Basis vereinbart worden sind, ist das Ablieferungsoll entsprechend den Ablieferungsnormen von Speisehülsernfrüchten zu berechnen. Das Ablieferungsoll entsprechend der im Anbaubescheid festgelegten Anbauflächen und für die zusätzlich vereinbarten Anbauflächen von Speisehülsernfrüchten ist in einer Summe im Vertrag nachzuweisen.

Die VEAB haben außerdem mit den Erzeugern zu vereinbaren, welche Mengen sie über das Ablieferungsoll hinaus frei verkaufen wollen. Diese Mengen sind in dem Vertrag festzulegen.

Die VEAB haben zu beachten, daß über solche Anbauflächen von Speisehülsenfrüchten, die bereits in einem Vertrag mit der DSG-HZ (Vermehrung, höhere Anbaustufen) oder mit einer VdGB — Bäuerliche Handelsgenossenschaft e. G. (Absaatenerzeugung) gebunden sind, keine Verträge abgeschlossen werden.

Um die Ermäßigung in tierischen Erzeugnissen für die in dem Vertrag mit DSG-HZ gebundenen Vermehrungsflächen oder mit einer VdGB gebundenen Absaatenerzeugung von Speisehülsenfrüchten gewährleisten zu können, haben die Abt. Landwirtschaft bei den Räten der Kreise der Abt. Erfassung und Aufkauf eine genaue Übersicht über die einzelnen Vermehrer, mit Angaben über die Höhe der vertragsgebundenen Anbaufläche von Speisehülsenfrüchten, zu übergeben. Auf dieser Grundlage haben die Abt. Erfassung und Aufkauf die Ermäßigung des Ablieferungssolls in tierischen Erzeugnissen entsprechend der Ablieferungsnorm je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche für die Vermehrungsfläche zu gewähren.

4. Die VEAB haben den Abt. Erfassung und Aufkauf bei den Räten der Kreise, nachdem der Vertragsabschluß beendet ist, die in den Verträgen festgelegten Anbauflächen und Mengen von Speisehülsenfrüchten für die einzelnen Erzeuger wie folgt bekanntzugeben:

- a) Anbauflächen im Rahmen des Anbaubescheides;
- b) zusätzliche Anbauflächen;
- c) Ablieferungsmenge insgesamt.

Auf dieser Grundlage haben die Abt. Erfassung und Aufkauf bei den Räten der Kreise die Ermäßigung des Ablieferungssolls in tierischen Erzeugnissen entsprechend der Ablieferungsnorm je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche für die vertragsgebundenen Anbauflächen zu gewähren.

Für die zusätzlichen vertragsgebundenen Flächen haben die Abt. Erfassung und Aufkauf die Befreiung entsprechend der Ablieferungsnorm in Getreide vorzunehmen und dem betreffenden Erzeuger mitzuteilen.

5. Die VVEAB berichtet ebenfalls nach dem gleichen Muster bis zum 10. 4. dem Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf.

6. Die VEAB sind anzuweisen, den Vertragsabschluß bis spätestens 31. 3. zu beenden.

Die VEAB haben die abgeschlossenen Verträge laufend zu registrieren. Nach dem gleichen Muster wie im Punkt 4a—c angegeben, haben die VEAB den VVEAB nach Beendigung des Vertragsabschlusses zu berichten. (Nur für den Kreis insgesamt.)

7. Die VVEAB berichtet ebenfalls nach dem gleichen Muster bis zum 10. 4. dem Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf.

Die Abt. Erfassung und Aufkauf der Räte der Bezirke haben die Durchführung dieser Anweisung zu kontrollieren.

Berlin, den 28. Januar 1957

Staatssekretariat für Erfassung und
Aufkauf landw. Erzeugnisse
Streit
Staatssekretär

Nr. 21.1957

Bekanntmachung

des Vertrages über den Anbau, die Ablieferung und den Verkauf von Speisehülsenfrüchten im Jahre 1955

Zur Steigerung des Aufkommens an Speisehülsenfrüchten wird zwischen der LPG/dem Erzeuger

in Kreis als Anbauer und Lieferer, im folgenden kurz „Erzeuger“ genannt, und dem VEAB in als Erfassungsbetrieb, im folgenden VEAB genannt, vertreten durch folgender Vertrag abgeschlossen:

§ 1

Der Erzeuger verpflichtet sich:

1. die im Anbaubescheid festgelegte Anbaufläche von Speisehülsenfrüchten mit Speisehülsenfrüchten anzubauen; ha
2. über die im Anbaubescheid festgelegte Anbaufläche hinaus zusätzlich weitere ha Speisehülsenfrüchte anzubauen;
3. durch richtigen Anbau, Pflege und Düngung die Voraussetzungen für eine gute Qualität der Speisehülsenfrüchte zu schaffen;
4. durch fachgerechte Ernte, sorgfältigen Drusch sowie durch gute Sortierung Speisehülsenfrüchte entsprechend den Qualitätsbestimmungen abzuliefern;
5. dz Speisehülsenfrüchte zur Erfüllung des Pflichtablieferungssolls in Speisehülsenfrüchten abzuliefern;
6. dz Speisehülsenfrüchte nach Erfüllung des Pflichtablieferungssolls frei zu verkaufen;
7. die vertraglich festgelegte Menge an Speisehülsenfrüchten während der Erntezeit sofort von der Dreschmaschine, spätestens jedoch bis zum 15. Dezember, frei an die Erfassungsstellen des VEAB abzuliefern.

(Liefertermin)

(Menge in dz)

(Erfassungsstelle)

§ 2

Der VEAB verpflichtet sich:

1. bei der Abteilung Erfassung und Aufkauf des Rates des Kreises in sich dafür einzusetzen, daß
 - a) für sämtliche im Vertrag festgelegten Anbauflächen von Speisehülsenfrüchten dem Erzeuger die vom Staatssekretariat festgelegte Ermäßigung des Pflichtablieferungssolls in tierischen Erzeugnissen entsprechend der Ablieferungsnorm je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche des Betriebes gewährt wird;
 - b) der Erzeuger für die über die im Ablieferungsbescheid hinaus zusätzlich vertraglich gebundene Anbaufläche von Speisehülsen-

- früchten außerdem von der Pflichtablieferung von Getreide entsprechend der Ablieferungsnorm befreit wird;
2. die Mengen, die an den VEAB auf Grund dieses Vertrages geliefert werden, dem Erzeuger auf das Pflichtablieferungssoll von Speisehülsenfrüchten anzurechnen;
 3. für die über das Ablieferungssoll in Speisehülsenfrüchten hinaus abgelieferten Speisehülsenfrüchte den gültigen Einkaufspreis zu zahlen;
 4. dem Erzeuger die abgelieferten Speisehülsenfrüchte nach den am Tage der Ablieferung geltenden Preisbestimmungen innerhalb von 10 Tagen zu bezahlen.

§ 3

Die Qualitätsbeurteilung richtet sich nach den geltenden Qualitätsbestimmungen für Speisehülsenfrüchte lt. TGL (Technische Güte- und Lieferbedingungen), bzw. denen des Staatssekretariats für Erfassung und Einkauf.

§ 4

Der Erzeuger hat davon Kenntnis genommen, daß er im Falle des Nichtanbaues der im § 1 Ziffer 1 und 2 festgelegten Flächen (mit Speisehülsenfrüchten) durch die Abt. Erfassung und Einkauf beim Rat des Kreises in Getreide und in tierischen Erzeugnissen nachveranlagt wird.

§ 5

1. Ergeben sich nach Abschluß des Vertrages bei der Produktion der nach dem Vertrag zur Ablieferung bestimmten Mengen an Speisehülsenfrüchten solche außergewöhnlichen Umstände (wie z. B. Unwetterkatastrophen), die die Erfüllung des Vertrages gefährden können, so hat der Erzeuger dem VEAB dies unverzüglich schriftlich oder mündlich mitzuteilen.
2. Der Erzeuger erklärt sich damit einverstanden, daß sich der VEAB vom Tatbestand durch Augenschein an Ort und Stelle bzw. durch Sachverständige unterrichtet. Die Vertragspartner vereinbaren auf Grund der getroffenen Feststellungen die notwendigen Änderungen und Ergänzungen des Vertrages.

§ 6

1. Kommt es nicht zu einer Vereinbarung nach § 5 über die notwendige Änderung, Ergänzung des Vertrages, so entscheidet über den Antrag eines Vertragspartners, über die Zulässigkeit der Änderung oder Ergänzung des Vertrages die Abteilung Erfassung und Einkauf im Einvernehmen mit der Abteilung Landwirtschaft beim Rat des Kreises. Gegen diese Entscheidung ist Einspruch zulässig, über den endgültig der Rat des Bezirkes, Abteilung Erfassung und Einkauf, entscheidet. Das Verfahren regelt sich nach § 35 der Verordnung über die Pflichtablieferung und den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse vom 21. 12. 1936.
2. Streitigkeiten über die Leistung und Höhe der Vergütung aus diesem Vertrag entscheidet das Staatliche Vertragsgericht/das zuständige Gericht¹⁾.

¹⁾ Streitigkeiten zwischen der LPG, OLB, den Gütern der öffentlichen Hand, den Gütern der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften und dem VEAB entscheidet das Staatliche Vertragsgericht, zwischen dem Erzeugern und dem VEAB das zuständige Gericht.

§ 7

Sofern nichts anderes vom Staatssekretariat für Erfassung und Einkauf bestimmt wird, bleibt der Vertrag ohne zeitliche Begrenzung bis zur vollen Erfüllung durch beide Vertragsteile gültig.

§ 8

Ergänzungen, Änderungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.

§ 9

Der Vertrag wird zweifach ausgefertigt. Ein Exemplar erhält der Erzeuger, das andere der VEAB.

....., den 195

(Unterschrift des VEAB)

(Unterschrift des Erzeugers)

Vermerk:

Dieser Vertrag ist unter der Nr. am in der Vertragskartei registriert.

(Unterschrift des Sachbearbeiters)

Nr. 22/1957

Mitteilung

über die Vergütung für Lieferung von gesacktem Getreide
Vom 5. Februar 1957

Nach den Allgemeinen Lieferbedingungen für Getreide, Speisehülsenfrüchte und Ölsaaten vom 21. 6. 1955 (GBl. II/1955, S. 209, § 5, Abs. 1), sowie nach den Preisbestimmungen kann nach vorheriger vertraglicher Vereinbarung Getreide „gesackt“ geliefert werden. Für die Sackung darf der Lieferer jedoch keine gesonderten Kosten an den Besteller berechnen. Im Zuge der Vervollkommen der Technik werden die Mühlen genau so wie der VEAB in weit verstärktem Maße loses Getreide annehmen und umschlagen müssen. Die Entladung und Annahme bzw. Verladung von gesacktem Getreide ist unwirtschaftlich. Diese Tatsache haben mittlere und größere modern eingerichtete Mühlen erkannt und ihre Annahme von gesacktem auf loses Getreide umgestellt.

Da in Zukunft in verstärktem Umfange Mähdrähergetreide anfallen und ebenfalls Importgetreide in 50-Tonnen-Waggons geliefert wird, wird das Getreide hauptsächlich lose verladen. Hinzu kommt noch die Tatsache, daß unter dem Gesichtspunkt der weiteren Transportmittel-Umlaufbeschleunigung ebenfalls eine lose Getreideverladung durchzuführen ist. Die VEAB haben die Mühlen auf diese Zusammenhänge hinzuweisen und sie aufzuklären, daß sie nur dann gesacktes Getreide erhalten können, wenn den Mühlen bisher kein loses Getreide geliefert wurde, da keine anderen Abnahmemöglichkeiten bestehen.

Die Berechnung von gesonderten Sackungskosten durch die VEAB an die Mühlen ist nicht zulässig, da sich die Preise lt. Preisanweisung Nr. 28/51 für „lose“ oder „gesackte“ Ware verstehen.

Berlin, den 5. 2. 1957

Rechts- und Vertragsschiedsstelle

Nr. 23/1957

Bekanntmachung

des Vertrages über die Abrechnung und Bezahlung bei Notschlachtungen

Vom 26. Januar 1957

Gemäß § 41 der Anordnung vom 31. 5. 1956, über die Erfassung, den Verkauf und die Abnahme von tierischen Erzeugnissen (GBl. I, S. 437) wird im Einvernehmen mit den Ministerien für Lebensmittelindustrie und Land- und Forstwirtschaft sowie dem Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft der Mustervertrag über die Durchführung von Notschlachtungen und deren Abrechnung bekanntgegeben.

Berlin, den 26. Januar 1957

Staatssekretariat für Erfassung und
Aufkauf landw. Erzeugnisse

Koch
Hauptabteilungsleiter

Vertrag

Zur ordnungsgemäßen Abrechnung und Bezahlung von Notschlachtungen gegenüber dem Erzeuger wird zwischen dem Volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetrieb im folgenden VEAB genannt, und dem Notschlachtungsbetrieb

in auf Grund des § 41 der Anordnung vom 31. 5. 1956 über die Erfassung, den Verkauf und die Abnahme von tierischen Erzeugnissen (Schlachtvieh, Milch, Eiern, Geflügel, Honig) — (GBl. I, S. 437) — folgender Vertrag abgeschlossen:

§ 1

Der Notschlachtungsbetrieb hat die Notschlachtungen in den vom Rat des Kreises, Abt. Erfassung und Verkauf, im Einvernehmen mit der Abt. Örtliche Wirtschaft, der Unterabteilung Lebensmittelindustrie sowie mit dem Kreisarzt festgelegten Einzugsgebiete entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung durchzuführen. Der Notschlachtungsbetrieb hat zur Sicherung einer ordnungsgemäßen Abrechnung dafür Sorge zu tragen, daß nachstehende Aufgaben durchgeführt werden:

1. Die Verwiegung sämtlicher aus der Notschlachtung angefallenen Fleischmengen einschl. der Nebenprodukte müssen durch einen vom Rat des Kreises bestätigten Wäger durchgeführt werden.
2. Die Ermittlung der Qualitätsstufe für das Fleisch hat der Fleischbeschauerarzt vorzunehmen.
3. Außerdem ist vom Fleischbeschauerarzt bei Freibankfleisch zum Zwecke der Bestimmung des Verkaufsverhältnisses die Güteklasse festzulegen.
4. Der Notschlachtungsbetrieb hat dem VEAB die Notschlachtungsabrechnung so rechtzeitig zu übergeben und den erzielten Erlös abzüglich der Handelspanne und der in der Anlage aufgeführten Gebührensätze zu überweisen, daß der VEAB die gesetzlichen Zahlungsfristen gemäß § 5 der Anordnung über die Zahlung der Erlöse aus

der Pflichtablieferung und dem Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse vom 31. 3. 1956 — GBl. I, S. 338 — gegenüber den Erzeugern einhalten kann.

5. Auf der Notschlachtungsabrechnung müssen in Ziffer 1—3 getroffene Feststellungen des Fleischbeschauerarztes sowie die Gewichtsfeststellungen nach Ziffer 1 auch vom bestätigten Wäger unterschriftlich bestätigt sein; sie sind die Grundlage der Abrechnung des Notschlachtungsbetriebes.

§ 2

Der VEAB überweist auf Grund der ihm vom Notschlachtungsbetrieb übergebenen Notschlachtungsabrechnung (§ 1, Ziffer 4) den Enderlös aus der Notschlachtung an den Tierbesitzer und führt die evtl. Anrechnung auf die Pflichtablieferung durch.

§ 3

Wird auf Wunsch des Tierbesitzers taugliches Fleisch frei verkauft, so ist der Aufkaufzuschlag vom VEAB zu verrechnen und mit zu überweisen.

§ 4

- (1) Der Notschlachtungsbetrieb hat dem VEAB und dem Erzeuger die erforderlichen Auskünfte über die Notschlachtung zu erteilen.
- (2) Über die Art der Anrechnung auf die Pflichtablieferung hat der VEAB dem Erzeuger Auskunft zu geben.

§ 5

Bei der Anlieferung bzw. Abholung hat der Notschlachtungsbetrieb dem Tierbesitzer eine Annahmebestätigung gemäß § 34 der Anordnung vom 31. 5. 1956 (GBl. I, S. 437) auszuhändigen.

§ 6

Streitigkeiten aus diesem Vertrag zwischen VEAB und sozialistischen Betrieben entscheidet das Staatliche Vertragsgericht; bei Streitigkeiten mit privaten Betrieben entscheidet das für den VEAB zuständige Kreisgericht.

§ 7

Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform.

§ 8

- (1) Der Vertrag wird mit Wirkung vom abgeschlossen und gilt für 3 Jahre, sofern er nicht 3 Monate vor Ablauf eines Jahres gekündigt wird. Nach Ablauf der Dreijahresfrist verlängert er sich unter gleichen Voraussetzungen um ein Jahr.
- (2) Sofern zwischen dem VEAB und dem Notschlachtungsbetrieb bereits ein Notschlachtungsvertrag besteht, tritt dieser mit dem Tage der beiderseitigen Unterzeichnung dieses Vertrages außer Kraft.

§ 9

Dieser Vertrag wird in zwei gleichlautende Ausfertigungen ausgestellt, von denen je eine der VEAB und der Notschlachtungsbetrieb erhalten.

....., den
(Ort) (Datum)
.....
(Notschlachtungsbetrieb) (VEAB)

Anlage zum Notschlachtungsvertrag (Mustervertrag)

Berechnung der Abzüge bei Notschlachtungen

Die Abzüge für Schlachtlöhne, Schlacht-, Kühlhaus- und Wiegegebühren, die Kosten für die Fleischbeschau, für die tierärztlichen Untersuchungen sowie für den Transport sind den Tierbesitzern nachstehend angeführte vom Ministerium der Finanzen festgesetzte Gebühren zu berechnen:

1. **Schlachtlöhne**
An Schlachtlohn erhält der Notschlachtungsbetrieb für

1 Rind über 500 kg Lebendgewicht	6,— DM
1 Rind von 350 bis 500 kg Lebendgewicht	5,— DM
1 Rind bis 350 kg Lebendgewicht	4,— DM
1 Kalb oder Fresser bis 125 kg	2,75 DM
1 Schwein einschließlich Enthäutung	4,— DM
1 Schwein ohne Enthäutung	3,— DM
1 Schaf oder 1 Ziege	1,75 DM
2. **Schlachthausbenutzung**
Für die Benutzung des eigenen Schlachthauses

1 Rind	2,— DM
1 Kalb	0,75 DM
1 Schwein	1,— DM
1 Schaf oder 1 Ziege	0,75 DM
3. **Kühlhausbenutzung**
Für die Benutzung des eigenen Kühlhauses

1 Rind	2,— DM
1 Kalb	0,50 DM
1 Schwein	1,— DM
1 Schaf oder 1 Ziege	0,50 DM

 Für Schlachtungen, welche in VEB (K) durchgeführt werden, werden die tatsächlich verauslagten Gebühren erstattet.
4. **Erstattung sonstiger Kosten:**
 - a) Transportkosten: in den Fällen, in denen der Erzeuger nicht selbst angeliefert hat, nach den jeweils gültigen Tarifvorschriften für den Kraftverkehr.
 - b) Wiegegebühren: die gemäß PAO Nr. 190 preisrechtlich zugelassenen Wiegegebühren, mindestens jedoch 0,40 DM.
 - c) Fleischbeschaugebühren: In Höhe der preisrechtlich zugelassenen Auslagen.
 - d) Bakteriologische Untersuchung: In Höhe der preisrechtlich zugelassenen Auslagen.
 - e) Kochen und Dämpfen: Bei bedingt tauglichem Fleisch je kg 0,05 DM, jedoch mindestens 2,50 DM.
 Diese Gebühren sind Höchstsätze.

Nr. 24/1957

Mitteilung

Über die Anwendung von Rechtsgrundätzen des Staatlichen Vertragsgerichtes bei der Regierung der DDR

Vom 5. Februar 1957

Nachstehend geben wir auszugsweise einige wichtige grundsätzliche Feststellungen des Staatlichen Vertragsgerichtes bei der Regierung bekannt.

I.

Geltendmachung einer Vertragsstrafe wegen Verletzung der Gütevorschriften

Eine Vertragsstrafe wegen Verletzung der Gütevorschriften kann nur geltend gemacht werden, wenn

- a) der Mangel rechtzeitig, d. h. entsprechend den Beanstandungsfristen nach den Allgemeinen Lieferbedingungen oder sonstigen vertraglichen oder gesetzlichen Bestimmungen angezeigt wurde und
- b) die Ausschlussfrist gemäß § 4, Abs. 2 der Sechsten Durchführungsbestimmung oder nach anderen gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmungen nicht verstrichen ist. (Vergl. Grundsätzliche Feststellung Nr. 194/56 des Staatlichen Vertragsgerichtes bei der Regierung der DDR.)

II.

Verzicht auf Vertragsstrafe aus einem Transportraumvertrag

§ 5 der 6. Durchführungsbestimmung zur Vertragsverordnung findet auf Sukzessivlieferungsverträge (auch Transportraumverträge) Anwendung. Auf Vertragsstrafenforderungen aus solchen Verträgen kann verzichtet werden, wenn die auf einen Teilabschnitt bezogene Vertragsstrafe nicht mehr als 100,— DM beträgt.

Der in den „Verfügungen und Mitteilungen“ des Staatlichen Vertragsgerichtes bei der Regierung der DDR 1955 Seite 51 veröffentlichte Grundsatz wird aufgehoben, da er nur für eine bestimmte Zeitspanne berechtigt war. Nachdem festgestellt werden konnte, daß in der Mehrzahl der Fälle von dem Recht des Verzichtes auf Vertragsstrafe nur dann Gebrauch gemacht wurde, wenn sich hieraus keine nachteiligen Folgen für den Vertragsstrafengläubiger ergaben, war es notwendig geworden, den bisher vertretenen Standpunkt aufzugeben. Dies gilt umso mehr, als ein etwaiger Mißbrauch in wenigen Fällen nicht zum Anlaß genommen werden kann, die Erhöhung der Verantwortlichkeit der Leiter volkseigener Betriebe unbeachtet zu lassen. (Vergl. Grundsätzliche Feststellung Nr. 193/56 des Staatlichen Vertragsgerichtes bei der Regierung der DDR.)

III.

Verzinsung von Vertragsstrafen- und Schadenersatzforderungen

- a) Forderungen auf Vertragsstrafen und Schadenersatz sind im Falle des Verzuges zu verzinsen;
 - b) die Höhe des Zinssatzes beträgt bei beiderseitigen Handelsgeschäften 5 Prozent (§ 352 HGB), in den übrigen Fällen 4 Prozent (§ 288 BGB);
 - c) im Schiedsverfahren sind Zinsen nach den unter a) und b) gegebenen Grundsätzen nur auf Antrag zuzusprechen.
- Die bisherige Auffassung, daß Forderungen auf Schadenersatz nicht zu verzinsen sind, mußte aufgegeben werden, da sie nicht dem geltenden Recht entspricht. Die Auffassung, daß Forderungen auf Vertragsstrafen nicht zu verzinsen sind, mußte gleichzeitig berichtigt werden, da Vertragsstrafen nicht anderes darstellen als gesetzlichen oder vertraglichen Mindestschadenersatz.
- Die Zinssätze wurden aus den Bestimmungen des allgemeinen Zivilrechts entnommen. Hierbei war auch § 352 HGB zu berücksichtigen, so daß ein Zinssatz von 5 Prozent festzusetzen ist, wenn ein beiderseitiges Handelsgeschäft vorliegt. Ein beiderseitiges Handelsgeschäft ist gegeben, wenn beide Vertragspartner Kaufleute (Vollkaufleute oder Minderkaufleute)

sind und wenn das Geschäft auf beiden Seiten im Betrieb des Handelsgewerbes vorgenommen wurde. Ein beiderseitiges Handelsgeschäft liegt danach stets vor, wenn VEAB untereinander oder mit volkseigenen oder diesen gleichgestellten Betrieben im Rahmen ihres Handelsgewerbes Verträge abschließen. (Vergl. Grundsätzliche Feststellung Nr. 196/1956 des Staatlichen Vertragsgerichts bei der Regierung der DDR.)

IV.

Verjährung von Forderungen wegen mangelhafter Arbeiten der MTS

Feldbestellungsarbeiten der MTS sind Arbeiten an einem Grundstück. Forderungen wegen mangelhafter Arbeiten dieser Art verjähren daher gemäß § 638 BGB in einem Jahr. Dies gilt auch für solche Arbeiten, die nur mittelbar als Arbeiten an einem Grundstück angesehen werden können, wie Schädlingsbekämpfung, Streuen von Düngemitteln, Säen. (Vergl. Grundsätzliche Feststellung Nr. 124/1956 des Staatlichen Vertragsgerichts bei der Regierung der DDR.)

Berlin, den 5. Februar 1957.

Rechts- und Vertragsschiedsstelle

Nr. 25/1957

Mitteilung

über Zahlung von Luftfrachten gegenüber der Reichsbahn

Vom 7. Februar 1957

Die Einführung der Frachtberechnungsbestimmungen für Gewichtsnormgüter erforderte eine tarifliche Regelung hinsichtlich der Frachtberechnung von Gewichtsnormgütern bei der Ersatzstellung von Güterwagen. Gemäß § 8a (17) DEGT Teil I, Abs. B — Allgemeine Tarifvorschriften — wird die Frachtberechnung bei Ersatzstellung von Güterwagen wie folgt durchgeführt:

„Wird anstelle des nach den Angaben des Versenders erforderlichen Wagens mit einem Ladegewicht bis 20 t einschließlich ein Wagen mit einem Ladegewicht über 20 t gestellt, so wird die Fracht wie bei Verwendung eines Wagens mit einem Ladegewicht von 20 t berechnet.“

D. h., Wagen mit einem Ladegewicht bis 20 t einschließlich sind grundsätzlich vom Versender voll auszulasten, sofern die zu verladenden Güter lt. Tarif nicht an besondere Gewichtsnormen gebunden sind.

Entstehende Luftfrachten, die auf die Nichteinhaltung dieser Tarifvorschrift zurückzuführen sind, müssen vom Versand-VEAB getragen werden.

Berlin, den 7. Februar 1957.

Abteilung Transport

Nr. 26/1957

Mitteilung

eines Beschlusses des Staatlichen Vertragsgerichts bei der Regierung der DDR über die rechtzeitige Geltendmachung von Forderungen

Vom 5. Februar 1957

Das Staatliche Vertragsgericht bei der Regierung hat am 18. Dezember 1956 die Beschwerde des VEAB gegen den Schiedspruch des Staatlichen Vertragsgerichtes im Bez. N. kostenpflichtig u. a. mit folgender Begründung zurückgewiesen:

Ausschlaggebend bleibt somit im vorliegenden Fall, daß besondere Umstände und wirtschaftliche Gründe vorlagen, die eine Klarstellung der Ansprüche des VEAB zumindest bis 31. 12. 1954 erforderlich machten.

Der VEAB wußte oder mußte wissen, daß bei seinem Handelspartner Anfang des Jahres 1954 Strukturveränderungen vor sich gingen, indem die bisherigen HO-Kreisbetriebe Gemischwaren in zwei neue Betriebe der Handelssäulen Industriewaren und Lebensmittel zerlegt wurden und der alte Betrieb nur als Abwicklungsstelle weitergeführt wurde. Daraus ergab sich für den VEAB die wirtschaftliche Notwendigkeit, seine Forderungen so anzumelden und zu berechnen, daß sie bei der Abwicklung mit berücksichtigt werden konnten. Das hat der VEAB mit seiner Mahnung vom 4. 10. 1954 nur insoweit getan, als es sich um den Rückgabeanspruch handelte, nicht aber insoweit, als weitere Ansprüche auf Entgelt und Vertragsstrafe in Betracht kamen. Dadurch, daß er dies im Jahre 1954 versäumte und seine Forderungen erst am 30. 3. 1955 in Rechnung stellte, erhielt die HO-I, der die Abwicklungsstelle 1954 angegliedert worden war, erst nach der stattgefundenen Abwicklung Kenntnis von diesen Ansprüchen. Zu diesem Zeitpunkt der Kenntnisnahme standen der HO-Industriewaren Mittel aus dem Abwicklungsfonds zur Bezahlung der Forderungen des VEAB nicht mehr zur Verfügung.

Zusammenfassend ist daher festzustellen, daß der VEAB seinen Entgeltanspruch vom 30. 3. 1955 erst zu einem Zeitpunkt berechnet hat, als der HO-I wegen der bereits durchgeführten Abwicklung keine Mittel zur Bezahlung mehr zur Verfügung standen. Es war jedoch Pflicht des VEAB, im Rahmen seiner wirtschaftlichen Rechnungsführung seine Geschäftsbeziehungen und Ansprüche auf finanziellem Gebiet klar und übersichtlich zu regeln und schnell einzutreiben (vgl. Anordnung vom 11. 9. 1952 über die Ausstellung und den Inhalt von Rechnungen für Warenlieferungen und Leistungen, § 1, Abs. 2 der Verordnung vom 20. 3. 1952 über Maßnahmen zur Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungswesen in der volkseigenen Wirtschaft, in den Genossenschaften und Genossenschaftsverbänden und 1. Durchführungsbestimmung vom 1. 9. 1949, Abschnitt IV, Ziff. 2, Buchstabe E und Ziff. 3, Buchstabe F).

Auf der anderen Seite ist, soweit es die HO-I angeht, gleichfalls wegen der Erfordernisse der wirtschaftlichen Rechnungsführung nicht zu billigen, wenn Ansprüche, deren Geltendmachung sie während der Abwicklungsperiode erwarten durfte, nunmehr aus eigenem Betriebsergebnis zu befriedigen wären, weil der Abrechnungsfonds mit dem Staatshaushalt abgerechnet ist. Daß diese Sachlage eintrat, ist allein auf das passive säumige Verhalten des VEAB zurückzuführen. Der Anspruch auf Entgelt ist somit verspätet geltend gemacht worden. Er kann wegen der nunmehr bei der HO fehlenden Mittel nicht mehr beim Staatlichen Vertragsgericht zwangsweise durchgesetzt werden (Az.: BX 146 56 — Dr Ra).

Berlin, den 5. Februar 1957.

Rechts- und Vertragsschiedsstelle

Nr. 27/1957

Rundverfügung

über den Abschluß von Geflügelmastverträgen im Jahre 1957

Vom 15. Februar 1957

Der Abschluß von Mastverträgen über Gänse und Enten im Jahre 1956 hat sich bewährt. Dadurch konnte das Aufkommen besonders von Wassergeflügel aus der eigenen Produktion beachtlich gesteigert werden. Aus diesem Grunde sind auch im Jahre 1957 Mastverträge über Gänse und Enten abzuschließen.

Hierzu wird auf Grund des § 69 der Anordnung über die Erfassung, den Aufkauf und die Abnahme von tierischen Erzeugnissen vom 31. Mai 1956 (GBl. I, S. 437) im Einvernehmen mit dem Minister für Land- und Forstwirtschaft folgendes verfügt:

1. Die VEAB haben mit LPG und deren Mitgliedern, Einzelbauern, Spezialbetrieben und ablieferungsfreien Geflügelhaltern Geflügelmastverträge über Gänse und Enten nach den vom Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf ausgearbeiteten Mustervertrag abzuschließen.
2. In den Verträgen sind die Mengen und Ablieferungstermine genau festzulegen.
Die Gänse und Enten sind von den Erzeugern in gut gemästetem Zustand mit einem Lebendgewicht (Abnahmegegewicht) von
mindestens 4 kg Gänsen und
mindestens 2 kg Enten

zu liefern.

Die Ablieferungstermine sind unter Berücksichtigung der Mastdauer zu vereinbaren, dürfen jedoch nicht über den 10. 12. 1957 hinaus festgelegt werden.

Die Ablieferung hat in lebendem Zustand zu erfolgen. Die Abnahme von geschlachtetem Geflügel ist nur zulässig, wenn dies von der Abt. Erfassung und Aufkauf des Rates des Kreises im Einvernehmen mit dem Kreistierarzt ausnahmsweise gestattet wurde.

Die abzuliefernden Gänse und Enten müssen den Qualitätsbestimmungen des § 68 der Anordnung vom 31. Mai 1956 über die Erfassung, den Aufkauf und die Abnahme von tierischen Erzeugnissen (GBl. I, S. 437) und der Anordnung vom 29. 10. 1956 über die Abnahme von Schlachtgeflügel (GBl. I, S. 1184) sowie der dazu veröffentlichten Richtlinie über die Klassifizierung von lebendem Geflügel (Sonderdruck des GBl. Nr. 221) entsprechen.

In Erfüllung der Mastverträge sind nur solche Gänse und Enten abzunehmen, die den Merkmalen der Güteklassen I und II entsprechen. Gänse und Enten der Güteklasse III dürfen nur abgenommen werden, wenn trotz Weitermast eine höhere Güteklasse (I oder II) nicht erreichbar ist.

3. Die Geflügelhalter erhalten als Vergünstigungen unmittelbar bei Vertragsabschluß eine Bescheinigung über ein Bezugsrecht über

30 kg Futtermittel je Gans

10 kg Futtermittel je Ente

vom VEAB ausgehändig.

Die Futtermittel sind bei den zuständigen BHG zum Kleinhandelsabgabepreis zu beziehen.

LPG und Spezialbetriebe können Futtermittel bei größeren Mengen auch ab Lager des VEAB zum Großhandelsabgabepreis erhalten. Die Geflügelhalter erhalten bei Erfüllung der abgeschlossenen Verträge den zum Zeitpunkt der Ablieferung gültigen Aufkaufpreis. Der VEAB hat nach erfolgter Ablieferung des Lebendgeflügels auf Wunsch der Geflügelhalter einen Teil oder den vollen Erlös in bar auszuzahlen (ausgenommen hiervon sind kontenführungspflichtige Betriebe).

4. Der ablieferungspflichtige Geflügelhalter ist zum Vertragsabschluß nur dann berechtigt, wenn er den Nachweis erbringt, daß die Erfüllung des Ablieferungssolls von Geflügel durch Gänse, Enten oder Puten gesichert ist und noch genügend Tiere zur Erfüllung des Vertrages vorhanden sind.

Beim Vertragsabschluß mit ablieferungsfreien Geflügelhaltern hat dieser den Nachweis zu erbringen, daß genügend Gänse oder Enten zur Erfüllung des Vertrages vorhanden sind. Der Beauftragte des VEAB hat sich von der Richtigkeit der Angaben zu überzeugen. Bei der Abnahme der Gänse und Enten in Erfüllung der Verträge ist vom Beauftragten des VEAB zu prüfen, ob der betreffende Geflügelhalter — sofern er der Pflichtablieferung in Geflügel unterliegt — dieses Ablieferungssoll nach den gesetzlichen Bestimmungen erfüllt hat. Zum Nachweis ist vom Beauftragten des VEAB die Kontrollkarte über die Pflichtablieferung von Eiern und Geflügel einzusehen. Ergibt die Nachprüfung, daß das Ablieferungssoll in Geflügel noch nicht oder nur teilweise erfüllt ist, so ist das angelieferte Geflügel auf dieses Ablieferungssoll anzurechnen.

5. Ergeben sich nach Abschluß des Vertrages bei der Mast des Geflügels solche außergewöhnlichen Umstände (wie z. B. Verlust der Tiere durch Seuchen oder andere Geflügelkrankheiten), die die Erfüllung des Vertrages gefährden, so hat dies der Geflügelhalter dem VEAB unverzüglich bei Eintritt dieses Ereignisses mitzuteilen. Der VEAB hat sich durch seine Beauftragten vom Tatbestand durch Augenschein an Ort und Stelle zu überzeugen. Auf Grund der getroffenen Feststellungen können die notwendigen Änderungen, Ergänzungen bzw. die Aufhebung des Vertrages vereinbart werden. Ist die Nichterfüllung des Vertrages auf das Verschulden des Erzeugers zurückzuführen, ist eine Rückverrechnung der Futtermittel vorzunehmen. (Belastung im Ablieferungssoll Getreide oder Rückerstattung in Höhe der bezogenen Futtermittel.)

6. Mit VEG sind keine Geflügelmastverträge abzuschließen. Die VEAB haben mit den VEG in Höhe des Produktionsplanes in Schlachtgeflügel Lieferverträge abzuschließen.

7. Die VEAB haben die abgeschlossenen Geflügelmastverträge in Listen — gemeindeweise gegliedert — zu registrieren.

Dabei müssen folgende Angaben eingetragen werden:

- a) Datum des Abschlusses
- b) Nummer des Vertrages

- c) Anzahl der Gänse oder Enten (nach Arten getrennt)
d) Fälligkeitstermine
e) Realisierung (Datum, Anzahl und Menge in kg)

Ein Exemplar der Listen erhält der zuständige Rat der Gemeinde. Der VEAB hat der jeweiligen VVEAB über den Abschluß und die Erfüllung der Verträge monatlich auf Formblatt Nr. 1 (nach Arten getrennt) zu berichten.

8. Die Futtermittel werden den VVEAB und VEAB als gesondertes Kontingent zur Verfügung gestellt.
9. Die Vergütungen für Personen, die im Provisionsverhältnis (Ortseier-erfasser) oder im Auftrage des VEAB Geflügelmastverträge abschließen, sind in der Rundverfügung über die Prämierung der Mitarbeiter in den VEAB (veröffentlicht in Verfügungen und Mitteilungen des Staatssekretariats, Sonderdruck vom 22. 1. 1957) festgelegt.
10. Vorwiegend mit Spezialbetrieben (Zuchtbetrieben, Brutereien, Geflügelarmen usw.) sind schriftliche Vereinbarungen über die Mast von Hähnchen zu treffen. Dafür ist ein Bezugsrecht über 2 kg Futtergetreide pro Hähnchen zu gewähren. Die Hähnchen sind vom VEAB abzunehmen, wenn sie den Qualitätsmerkmalen der Güteklassen I und II entsprechen und mit einem Lebendgewicht (Abnahmegewicht) von mindestens 1 kg je Hähnchen abgeliefert werden.
- Die Hähnchen können unabhängig von der Erfüllung des Ablieferungssolls in Geflügel verkauft werden, wenn das Ablieferungssoll durch Gänse, Enten, Puten oder Masthühner erfüllt wird.
11. Diese Rundverfügung ist zum Gegenstand einer eingehenden Beratung mit den verantwortlichen Mitarbeitern bei den Abteilungen Erfassung und Aufkauf der Räte der Kreise und den VEAB zu machen.

Die VEAB haben ihre Mitarbeiter und die Ortseiererfasser hiervon zu unterrichten und die notwendigen Maßnahmen zur Durchführung der Vertragsabschlüsse festzulegen.

Die Möglichkeit zum Abschluß von Geflügelmastverträgen und die Vorteile sind den Geflügelhaltern in geeigneter Form (Artikel in der Presse, Handzettel usw.) bekanntzumachen. Dadurch wird rechtzeitig auf die Erweiterung der Geflügelhaltung, auf die Steigerung der Bruttoproduktion und Marktleistung bei Geflügel eingewirkt.

Berlin, den 15. Februar 1957.

Staatssekretariat für
Erfassung und Aufkauf
landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Streit
Staatssekretär

Nr. 28 1957

Bekanntmachung

des Vertrages über die Mast und den Verkauf von Gänsen und Enten

Am 1957 wird nachstehender Vertrag zwischen der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (kurz LPG) dem Erzeuger in und dem Volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetrieb (kurz VEAB) in über die Mast und den Verkauf von Gänsen und Enten abgeschlossen:

§ 1

Die LPG / der Erzeuger verpflichtet sich, über das im Ablieferungsbescheid für das Jahr 1957 festgesetzte Ablieferungssoll von Geflügel hinaus

Gänse (Güteklasse I oder II)

Enten (Güteklasse I oder II)

in gemästetem Zustand mit einem Lebendgewicht (Abnahmegewicht)
je Gans von mindestens 4 kg
je Ente von mindestens 2 kg

aus der eigenen Produktion zu folgenden Fristen und zu den gültigen Aufkaufpreisen zu liefern:

im Monat: Stück Gänse

Stück Enten

im Monat: Stück Gänse

Stück Enten

im Monat: Stück Gänse

Stück Enten

Der VEAB verpflichtet sich, diese hier festgelegten Tiere zu den gültigen Aufkaufpreisen abzunehmen.

§ 2

Für die Lieferung und die Abnahme des Schlachtgeflügels nach § 1 gelten die vom Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf festgesetzten Bedingungen, die in der Rundverfügung vom 15. 2. 1957 über den Abschluß von Geflügelmastverträgen im Jahre 1957, Verfügungen und Mitteilungen des Staatssekretariats für Erfassung und Aufkauf, Folge 3, veröffentlicht wurden. Diese Bedingungen sind Vertragsinhalt.

§ 3

Ergänzungen, Änderungen oder Aufhebung des Vertrages bedürfen der Schriftform und der Unterschriftsleistung beider Vertragspartner.

§ 4

Der Vertrag wird zweifach ausgefertigt. Ein Exemplar erhält der Erzeuger / die LPG, das andere der VEAB.

(Ort und Datum)

(Ort und Datum)

(VEAB)

(LFG Erzeuger)

Dieser Vertrag ist unter
Nr. am
in der Vertragsliste registriert

Unterschrift des Sachbearbeiters